Einzelpreis 3.— Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat August 48.— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unser Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 88.— M., für das übrige Ausland 116.— M.
Verl. u. Exp. Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27 I. Tel. Moabit 2021.

Donnerstag, den 20. Juli 1922

5. Jahrg. Nummer 276

Die zweigespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 25.— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 4.— M., jedes weitere Wort 3.— M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16.— M. weiter pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 3.— M., jedes weitere Wort 2.— M.
Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192.
Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An die Partei!

Vor bedeutsame und folgenreiche Entscheidungen war die Partei in den letzten Wochen gestellt. Immer herausfordernder war die Reaktion aufgetreten, immer drohender erhob sich die monarchistische Gefahr. Wiederholt hatten wir in Presse und Parlament gewarnt. Man hatte auf uns nicht gehört. Da enthüllte der feige Meuchelmord an Rathenau die ganze Größe der Gefahr. Die skrupellose antisemitische und monarchistische Hetze der Deutschnationalen und Deutschvölkischen hatte gewirkt, wie sie wirken mußte. Ein Netz von Mordorganisationen war über Deutschland gespannt. Die Ermordung hervorragender Republikaner sollte den Weg bahnen zur Beseitigung der Republik, zur Wiederherstellung des Militarismus, zur Entrechtung der Arbeiter.

In dieser Situation, in der die gefährlichste Vorhut der Reaktion zur Offensive übergegangen war, mußte die gesamte Arbeiterschaft einig und geschlossen die Abwehr organisieren, zum Gegenangriff vorgehen. Die Einheitsfront der Gewerkschaften und der politischen Parteien herzustellen, war die erste und wichtigste Aufgabe. Es geschah. Gemeinsam wurden die Forderungen zum Schutze der Republik, zur Niederschlagung der monarchistischen Gefahr, zur Säuberung der Verwaltung erhoben. In gewaltigen Kundgebungen zeigte das arbeitende Volk seine Kampfentschlossenheit.

Der Ernst der Situation wurde offenkundig. Die Regierung legte dem Reichstag die Gesetze zum Schutze der Republik vor. Sollten aber die Gesetze wirksam werden, so mußte auch für die Durchführung gesorgt sein. Die sozialdemokratische Partei stellte an uns die Frage, ob wir bereit seien, in der geänderten Situation durch Eintritt von Unabhängigen in die Regierung die Ausführung der Gesetze zu sichern und eine feste republikanische Mehrheit im Reichstag zu schaffen. Angesichts der außerordentlichen, gefährlichen Lage bejahte unsere Reichskonferenz die Frage. Das Zusammengehen der beiden sozialdemokratischen Parteien war dadurch ungemein gefestigt.

Nun setzte der Widerstand der bürgerlichen Koalitionsparteien ein. Mit aller Macht sträubten sie sich gegen die Verstärkung des sozialistischen Einflusses. Sie wollten ein Gegengewicht schaffen durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei.

Die sozialdemokratischen Parteien gaben darauf die allein mögliche Antwort. Sie setzten dem Bürgertum den Zusammenschluß zum sozialistischen Block entgegen. Sie schufen die Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialdemokratischen Fraktionen unter Wahrung der Selbständigkeit der Parteien und ihrer Vertretungen.

So stark auch der Eindruck dieses Schrittes sowohl auf die Arbeiterklasse als auf die Gegner war, er reichte nicht aus, um den Widerstand gegen die Erweiterung der Regierung nach links zu überwinden. Die von kapitalistischen Einflüssen beherrschten Koalitionsparteien fürchteten den verstärkten Druck des Proletariats in der Regierung.

Das gemeinsame und einige Auftreten der Arbeiterschaft hat vermocht, den Reichstag zur Verabschiedung der Gesetze zum Schutze der Republik und der Amnestievorlage zu veranlassen. Nicht alles ist erreicht, was wir gefordert haben. Aber gegenüber dem bisherigen Zustand bedeuten die Gesetze einen erheblichen Fortschritt. Die Republik könnte sicher sein, wenn diese Gesetze energisch und rücksichtslos zur Anwendung kommen.

Dies zu erreichen, den Einfluß der Arbeiterklasse auf die Gesamtpolitik zu stärken, wird den Inhalt der Kämpfe bilden, die nun bevorstehen. Was bis jetzt erreicht ist, dankt die Arbeiterklasse ihrem geschlossenen und einigen Vorgehen. Die Zusammenarbeit der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien hat sich fruchtbar erwiesen und ist durch keinen Zwiespalt gestört worden.

Jetzt steht unsere Partei vor wichtigen Entscheidungen. Sie muß darüber befinden, ob die Taktik, die aus den Ereignissen selbst sich ergeben hat, richtig war; sie muß entscheiden, ob die politische Situation, ob das Interesse der Arbeiterklasse es erfordert, das Begonnene zu vollenden, den Zusammenschluß der sozialdemokratischen Parteien noch enger zu gestalten.

In voller Freiheit und Unabhängigkeit soll die Partei die bedeutungsvolle Entscheidung treffen. Unsere Organisationen sollen Stellung nehmen. Der Parteitag wird in kurzer Zeit zusammentreten und seinen Beschluß fassen.

Je stärker und geschlossener die Partei an diese Entscheidung geht, desto nachdrücklicher und wirkungsvoller wird der Eindruck ihrer Beschlüsse sein. Deshalb gilt es, die Ereignisse der letzten Wochen für die Stärkung der Organisation in unermüdlicher Werbearbeit auszunutzen. Kein Parteigenosse, keine Parteiorganisation hat das Recht, Schritte zu tun, die die Selbständigkeit und Unabhängigkeit unserer Organisationen beeinträchtigen. Die etwaige Einleitung und Führung von Verhandlungen ist ausschließlich Sache der zentralen Parteiinstanzen. Wir haben gegen unseren Grundsätzen gehandelt, jede Situation für die Machterweiterung der Arbeiterklasse auszunützen; wir haben verwirklicht, was wir in Leipzig ausgesprochen haben, stets das Maximum der Einigung im Kampfe herzustellen. Nun gilt es, das Erreichte zu festigen, das Werk, das verheißungsvoll angefangen hat, zu krönen. Nicht kleinmütig und zagend, sondern mit unerschütterlicher Zuversicht in den Sieg unserer Grundsätze und der Ideen des Sozialismus müssen unsere Genossen jetzt an die Arbeit gehen, ihre Beschlüsse fassen und den Parteitag vorbereiten.

Berlin, den 19. Juli 1922.

Die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Kommunisten und die Schutzgesetze

Die Kommunisten haben im Reichstag die Gesetze zum Schutze der Republik abgelehnt. Die gleiche Haltung hat eine Woche früher die kommunistische Fraktion im preußischen Landtag eingenommen. Sie erheben nun in ihrer Presse ein großes Geschrei über die Unzulänglichkeit der Gesetze und erklären in ihrem gewohnten Sprachgebrauch diejenigen für Verräter, die den Gesetzen zugestimmt haben.

Daß auch unsere Partei in den Gesetzen zum Schutze der Republik nicht alle Wünsche erfüllt sieht, daß sie die Gesetze bei weitem nicht als ausreichend für einen wirksamen Schutz der Republik erachtet, das hat unsere Fraktion sowohl im preußischen Landtag zum Ausdruck gebracht, wie wir auch durch die Reichstagsfraktion und durch unsere Presse die Unzufriedenheit mit den Reichsgesetzen zum Schutze der Republik zum Ausdruck gebracht haben.

Aber es kommt nicht darauf an, ob ein Gesetz unseren Wünschen entspricht oder nicht. Entscheidend ist vielmehr, ob wir kraft unserer Stärke die Möglichkeit haben, ein Gesetz unserem Willen entsprechend zu formen. Ausschlaggebend dafür sind die Machtverhältnisse. Mit bloßen Wünschen läßt sich keine Politik machen. Die Machtverhältnisse sind aber derzeit in den beiden größten Parlamenten so gestellt, daß sich parlamentarisch für die Arbeiterklasse aus der Situation nicht mehr herausschlagen ließ. Die Kommunisten haben sich über die wirklichen Machtverhältnisse kein Kopfzerbrechen gemacht. Sie haben aus ihrem Agitationsschrank die bekannten Forderungen hervorgeholt, die sie bei jeder Gelegenheit in den Wind schreien. Sie haben in vielen Fällen gemeinsam mit den Deutschnationalen Anträge niedergestimmt und damit die Stoßkraft der Linken im Landtag wie im Reichstag zur Freude der Reaktion geschwächt. Wäre die unabhängige Fraktion die gleichen Wege gegangen, dann können wir versichert sein, daß in Preußen wie im Reiche die Schutzgesetze ein noch viel schlechteres Aussehen bekommen hätten, ja es ist sogar sehr die Frage, ob die Gesetze überhaupt das Licht der Welt erblickt hätten. Was erreicht worden ist, ist lediglich dank des geschlossenen Vorgehens der beiden sozialistischen Parteien erreicht worden, ist erreicht worden, weil die bürgerlichen Mittelparteien durch den gewaltigen Aufmarsch der Arbeiterbataillone gezwungen wurden, wenigstens einem Teil der zum Schutze der Republik erhobenen Forderungen zuzustimmen. Hätten unsere Vertreter in den Parlamenten nur Agitationsanträge gestellt, hätten wir den Willen der Massen nicht durch ernste und sachliche Arbeit zum Ausdruck gebracht, dann stünden wir heute vor dem Nichts. Ist aber ein kleiner Fortschritt nicht besser als der bisherige Zustand?

Gewiß, es muß bedenklich stimmen, daß auch ein Teil der volksparteilichen Abgeordneten den Gesetzen zugestimmt hat. Im preußischen Landtage hat sogar die ganze Fraktion der Deutschen Volkspartei den Gesetzen ihre Zustimmung gegeben. Das geschah aber nicht deshalb, weil die Volkspartei die Gesetze für harmlos hielt. Nein, wenn die Volkspartei sich zu einem Ja! bewegen ließ, dann nur deshalb, weil sie glaubte, die Ausführung der Gesetze sabotieren lassen zu können durch die Beamten, gegen die sich die Gesetze zum großen Teil richten. Die Arbeiterklasse hat jetzt darüber zu wachen, daß die Gesetze in der Ausführung keinen anderen Sinn untergeschoben bekommen. Sie hat dafür zu sorgen, daß die Gesetze gegen die wirklichen Feinde der Republik zur Anwendung kommen.

Wie bereiten wir die Arbeiterklasse zur Erfüllung dieser Aufgabe vor? Nicht dadurch, daß wir ihr die Gesetze überhaupt verekeln. Wir haben vielmehr die Pflicht, die positiven Ziele der Gesetze in den Vordergrund zu stellen, wir müssen sie den Arbeitern geläufig machen und sie zur Wachsamkeit, zur Kontrolle bei der Ausführung drängen.

Unsinnig ist es, glauben machen zu wollen, der Kampf gegen Reaktion und Monarchie sei durch die Entscheidung im Reichstag gelähmt worden. Im Gegenteil. Gerade weil die Gesetze unzureichend sind, wird und muß der Kampf weitergehen. Dieser Kampf wird aber nur Erfolge zeitigen, wenn die Arbeiterschaft einig bleibt, ihre Energie nicht verzettelt, sondern ihre ganze Kraft rücksichtslos und geschlossen zum Stoß auf den wirklichen Gegner konzentriert.

Denn immer und immer wieder muß es gesagt werden: der wirksamste Schutz der Republik wird

Sieben Präsidentenleichen

Den nationalistischen Saboteuren in der preußischen Verwaltung ist jetzt einmal auf die Perücke geklopft worden. Das Preußische Staatsministerium hat beschlossen, sieben Regierungspräsidenten „aus politischen Gründen" in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Es sind dies die Regierungspräsidenten von Merseburg (v. Gersdorff), Stettin (v. Schmeling), Koblenz (v. Groening), Aachen (Freiherr v. Dalwigk zu Lichtenfels), Aurich (v. Heppe), Münster (Graf v. Meerveldt) und Hildesheim (Dr. Kutscher).

Das ist ein Anfang. Vielleicht bringt er verschiedene andere Gleichgesinnte zur Vernunft. Allerdings, der einstweilige Ruhestand macht sie noch immer zu Kostgängern der Republik. Wer aber als Beamter seine Pflicht im Dienste der Republik nicht erfüllt, hat auch kein Recht auf Ruhegehalt. Hoffentlich weiß die preußische Regierung auch einmal energischer vorzugehen, vor allem aber dafür zu sorgen, daß nicht wieder ähnliche Geister in die „aus politischen Gründen" vakant gewordenen Aemter einziehen.

Im Anschluß an die Meldung über Personalveränderungen in der preußischen Verwaltung hören die V. P. N. weiter, daß auch der Regierungspräsident Hillmanns in Osnabrück seinen Posten verlassen und ins Preußische Finanzministerium übertreten wird.

Die Ursache zu der umfangreichen Personalveränderung in den preußischen Regierungen liegt darin, daß die betreffenden Regierungspräsidenten den bewaffneten Rechtsorganisationen keine genügende Aufmerksamkeit geschenkt oder eine Beteiligung der Schutzpolizei daran zugelassen haben.

Ueber die Neubesetzung der durch den Regierungspräsidenten-Schub erledigten Posten hören die V. P. N. folgendes:

An Stelle des schon vor einiger Zeit in den Ruhestand versetzten Oberpräsidenten von Marienwerder, Graf Baudissin, wird Oberpräsidialrat Proske treten der politisch dem Zentrum nahesteht; sein erster Präsidialrat und Vertreter wird späterhin der demokratische Landrat Dr. Friedensberg werden, gegen den sich vor allem der Kampf der Rechtsparteien im Regierungsbezirk Marienwerder gerichtet hat.

Der Regierungsbezirk Merseburg, aus dem Herr von Gersdorff scheidet, ist mit dem sozialdemokratischen Landrat Bergmann besetzt worden. In den Regierungsbezirk Hildesheim ist Ministerialrat von Halfern aus dem Preußischen Finanzministerium, in das Regierungspräsidium in Stettin Oberregierungsrat Moritz berufen. Diese beiden neuen Regierungspräsidenten gehören der Deutschen Volkspartei an. Das Regierungspräsidium in Aurich ist dem demokratischen früheren Parlamentarier und Bürgermeister von Nordernen, Berghaus, übertragen worden. Zum Regierungspräsidenten in Koblenz dürfte der zweite Delegierte bei der Rheinlandkommission, Bauknecht, berufen werden, der der sozialdemokratischen Partei angehört.

Wie die V. P. N. weiter hören, wird demnächst auch der Regierungspräsident von Schneidemühl, von Bülow, in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden.

Sechs Monate ohne Gewissen

Der Polizeipräsident von Berlin hat die von Eduard Stadtler herausgegebene Zeitschrift „Gewissen" auf die Dauer von sechs Monaten verboten. Veranlassung zu dem Verbot gab der Artikel „Das Urteil eines amerikanischen Republikaners", der scharfe Beschimpfungen des Reichskanzlers und der Mitglieder der Regierung enthält.

Die Kirchenschätze in Rußland. „Matin" erfährt, daß der Papst der russischen Sowjetregierung ein Angebot gemacht hat, die in Petersburg durch die Sowjetbehörden beschlagnahmten Kirchenschätze anzukaufen unter der Bedingung, daß sie der lokalen Geistlichkeit zurückerstattet werden. Bis jetzt hat die Moskauer Regierung das Angebot des Papstes noch nicht beantwortet.

außerhalb der Parlamente betrieben. Nicht papierne Gesetze sichern den Bestand der Republik, sondern die lebendigen Kräfte des werktätigen Volkes. Diese Kräfte müssen einheitlich konzentriert werden, im gemeinsamen Kampf um gemeinsame Ziele muß sich die Front schließen und das Ziel des Kampfes muß sein: Die Aenderung der Machtverhältnisse. Wer diesem Ziel durch Sonderaktionen entgegenarbeitet, nützt der Reaktion. Das größte Maximum an Einigkeit wird das größte Maximum an politischen Erfolgen bringen.

Kriegsberichterstatter Ludendorff

Eine Selbstentlarvung.

Dem „Kriegsgewinner" Ludendorff geht es wie der Katze, die das Mausen nicht lassen kann. Wie im Kriege, so setzt er auch nach dem Kriege seine Lieblingsbeschäftigung fort, nämlich Interviews zu geben und völlig falsche und entstellte Kriegsberichte in die Welt zu schicken. Nebenbei ist er — immer zufällig — in reaktionäre Treibereien und Putsche verwickelt. Er hat sich in dieser Richtung schon allerhand geleistet, was freilich seinem Namen nicht gerade günstig war. So schrieb ausgerechnet derselbe deutschnationale Ludendorff für gutes Honorar in denselben reaktionären Ententezeitungen, die ihm im Kriege „der größte Erbfeind" waren. Das ist Generalspolitik, die heute genau so ist, wie sie im Kriege war. Aber was sich der „Politiker" Ludendorff jetzt wieder geleistet hat, das übersteigt doch alle deutschnationale Phantasie, die wir bisher kennen zu lernen die Ehre hatten. Er hat nämlich einem Korrespondenten der „Daily News" erklärt, **daß die Ermordung Rathenaus von Bolschewisten inspiriert sei, denn er will wissen, daß die Ermordung deutscher Minister vor mehr als einem Jahre von kommunistischen Organisationen beschlossen worden ist. In ernsthaften politischen Kreisen gibt es keine Mörderorganisationen.**

Und woher weiß Ludendorff das? Darüber läßt er der „Vossischen Zeitung" folgendes mitteilen: 1. wisse es Ludendorff aus der „Münchener Zeitung" und 2. „durch ergänzende Mitteilungen von einem Gewährsmann." Es sei dem in Berlin lebenden russischen Obersten von Freyberg gelungen, über das Wirken der Berliner Sowjetmission kompromittierendes Material zu erhalten. Bei einem kommunistischen Ueberfall sei dem Obersten das Material jedoch gestohlen worden, aber nicht alles.

„Unter den dem Obersten v. Freyberg verbliebenen Schriftstücken befindet sich ein am 6. April 1921 abgeschlossener und am 5. Juli 1922 dem wesentlichen Inhalt nach in der „Münchener Zeitung" veröffentlichter Bericht, laut dessen die Sowjet-Regierung damals ihre Berliner Vertreter abgewiesen hat, deutsche bolschewistische Agenten unter der Maske deutscher Nationalisten in die sogenannten extremnationalistischen deutschen Organisationen einzuschmuggeln. Diese Agenten sollten dann fanatische Mitglieder derartiger Organisationen zum Mord an Mitgliedern der Reichsregierung verleiten, dabei aber so geschickt arbeiten, daß niemand den wahren Urhebern der Mordtat auf die Spur kommen könne."

Das ist die Grundlage der politischen Meinung des Generals Ludendorff! Sie ist natürlich genau so viel wert, wie seine ganzen Kriegsberichte, und man könnte mit einem Witz darüber hinweg gehen, wenn nicht etwas anderes dahinter stände, nämlich ein Versuch, die Deutschnationalen reinzuwaschen. Ludendorff tut aber mit seinen Interviews alles andere, als die Deutschnationalen und ihre Mörderorganisationen zu entlasten. Im Gegenteil, er belastet sie. Denn wenn nach seiner Meinung die Erzberger-, die Rathenau- und die anderen deutschnationalen Mörder bolschewistische Agenten sind, so bleibt doch nur die logische Schlußfolgerung übrig, daß die Ehrhardt, Wulle, Kapp, Lüttwitz und wie sie alle heißen, die zu Morden hetzen, gleichfalls in bolschewistischen Diensten stehen. Ja mehr noch, die deutschnationalen Parteisekretäre und Abgeordneten, die die Mörder und ihre Organisationen unterstützten, werden doch ebenfalls von Ludendorff als Drahtpuppen der Bolschewisten denunziert. Und da Ludendorff sehr enge Beziehungen zu diesen Kreisen hat, dürfte er am Ende selbst von den Bolschewisten seine politischen Meinungen inspiriert bekommen! — Armer Ludendorff!

Hoffentlich wird dieser neueste Unsinn Ludendorffs dazu beitragen, diesen politischen Säbelrassler endgültig in den Augen aller, die ihre fünf Sinne beisammen haben, abzutun. Die anderen schenken wir Ludendorff und seinen Freunden gern.

Schwergeburt eines Wechselbalgs

Der Wunsch der bürgerlichen Parteien nach Schaffung eines Bürgerblocks ist durch die Verabschiedung der Schutzgesetze keineswegs ad acta gelegt. Im Gegenteil, man hofft bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags, zu dessen ersten Aufgaben man die Umbildung der Regierung zählt, die Gegensätze, die bisher die Bildung des Anti-Sozialistenblocks verhindert haben, zu überwinden. Die Fraktionen der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums haben noch gestern die Beratungen über eine Erklärung zur Arbeitsgemeinschaft fortgesetzt. An den Besprechungen waren die Abgeordneten Marx, Stresemann und Petersen beteiligt. Der demokratische Parteivorstand hielt gestern im Reichstage ebenfalls eine Sitzung ab, in der er sich mit der Frage der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft beschäftigte. Der Plan stieß bei einzelnen Mitgliedern des Parteivorstandes auf Widerspruch. Schließlich einigte man sich jedoch dahin, die von der Reichstagsfraktion begonnenen Verhandlungen fortzusetzen.

Es scheint daher, als habe der Vorstand der Demokratischen Partei alle Bedenken gegen die Hineinnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierung fallen lassen. Es war kaum anders zu erwarten. Den Demokraten ist die Erweiterung des Einflusses der Arbeiterparteien weit bedenklicher, als die Aushöhlung des von ihr so viel gepriesenen republikanischen Regimes durch die Ueberweisung von Ministerien an die Republikanismus heuchelnde Deutsche Volkspartei.

Der verbotene Studententag nach Bayern verlegt

Der Studententag, dessen Abhaltung in Marburg vom Oberpräsidenten von Hessen-Nassau verboten wurde, ist den Frankfurter Nachrichten zufolge nach Würzburg verlegt worden, wo er am 21. Juli stattfinden soll. Dort wird er sicher ungestört stattfinden können. Die bayerische Regierung ist in dieser Beziehung ebenso weitherzig, wie ihre Liebe zur Republik gering. Was kann nach ihrer Auffassung von deutschvölkisch aufgezogenen Studenten Böses kommen.

Bayerns Widerstand gegen den Schutz der Republik

In Bayern hat die vom Reichstag zu Ende geführte Schutzgesetzgebung einige Verwirrung hervorgerufen. Die Hetze Bayerns gegen den Norden des Reiches geht unentwegt mit aller Leidenschaftlichkeit weiter. Es sind bereits Gerüchte im Umlauf, die den Rücktritt des Grafen Lerchenfeld als Antwort auf die Annahme des Gesetzes zum Schutze der Republik als unbedingt notwendig hinstellen. In den nächsten Tagen werden die Bayerischen Koalitionsparteien zu entscheidenden Beschlüssen zusammentreten. Nach der in den Kreisen der Bayerischen Volkspartei herrschenden Stimmung ist es nicht ausgeschlossen, daß es dabei zu ernsthaften Differenzen kommt. In rechtsgerichteten Blättern und Organisationen haben erneute Scharfmachereien gegen das Reich eingesetzt. Der Bund der Landwirte fordert in einer Entschließung die bayrische Regierung direkt auf, das „Berliner Ausnahmegesetz" für Bayern als unwirksam zu erklären. Der bayerische „Courier" und die Münchener Zeitung weitern ebenfalls. Schließlich wird aber auch in Bayern die Suppe nicht so heiß gegessen, wie sie aufgetragen wird.

Der nach vielen Tausenden zählende Landesverband Bayern des Republikanischen Reichsbundes erhebt energischen Protest gegen die Loslösungsbestrebungen vom Reiche, vor allem aber gegen die Ausführungen des bayerischen Gesandten im Reichstage.

Bayerische Zustände

Unter dem Titel: „Der bayrische Verwaltungssumpf" läßt sich die „Berl. Volksztg." aus München folgendes melden:

Die Mentalität des bayerischen Volkes, von der in letzter Zeit in Berlin so viel zu hören war, wird beherrscht von den Inseraten- und Geschäftsblättern, den „Münchener Neuesten Nachrichten" und deren nordbayerischen Hilfstruppe, dem „Fränkischen Kurier".

Die Hauptaufgabe dieser Sumpfpflanzen ist: Wachhaltung des Klassenhasses, Schüren des Revanchekrieges und Verhetzung Bayerns gegen das Reich. Was soll man dazu sagen wenn dieses Blatt der Brunnenvergiftung und „Berufsdemagogie" in Nummer 279 schreibt:

„Wenn im Norden der politische Mord trotzdem nicht ausrottbar sein sollte, so kann die Ursache nur in der Minderwertigkeit der Polizei im Norden liegen. Die Polizei des früheren Staates war zu derartigen Aufgaben befähigt. Unter ihm waren allerdings auch die Posten der Polizeipräsidenten nicht Versorgungsposten für Parteigenossen. Es schien uns daher richtiger, die Parlamente kontrollierten etwas energischer die Mißwirtschaft in den zumeist sozialistisch regierten norddeutschen Bundesstaaten."

Das stellt denn doch die Dinge aber ganz gewaltig auf den Kopf! Die unfähigen Polizeipräsidenten des Nordens, unter denen sich zufolge der preußischen Regierungskoalition Angehörige der Deutschen Volkspartei befinden, haben die Attentäter auf Erzberger- Rathenau und Harden festgestellt und teilweise festgenommen.

Und die mit den „M. N. N." verschwägerte Polizeidirektion, in der die reaktionärsten Offiziere des alten Heeres regieren, **was haben die geleistet?** Anbei ein kleines Sündenregister dieses Münchener Polizei- und Verwaltungssumpfes: Unaufgeklärte Mordtaten und Attentate politischen Ursprungs: Gareis, Auer, Forstenrieder-Park, Zusmarshausen. — Im November 1921 fanden mit französischen Vertretern offizielle hochverräterische Verhandlungen statt. — Zur Verwischung der Spuren der Hochverräter Dr. Ruge und Berger wurde ein Polizeiauto nach Füssen geschickt. — Der Einbruch und die Entwendung politischer Akten aus dem tschechischen Konsulat sind noch nicht aufgeklärt. — Die Waffenlager der National-Sozialisten sind immer noch nicht ausgehoben. — Die Angehörigen der National-sozialistischen Arbeiterpartei dürfen auf staatlichen Schießständen scharf schießen. — Der Ausschuß dieser Partei hat, unwidersprochen, über die Ermordung Erzbergers und Rathenaus beraten. — Die Polizeiorgane üben, wie eidlich erhärtet, eine Doppelrolle als Provokateure und Sicherheitsbeamte und national-sozialistische Versammlungsordner aus. — Anzeigen gegen rechtsbolschewistische Revolverhelden werden von den Behörden unterdrückt, diesbezügliche Aktenstellen überklebt. — Rechtsradikale Versammlungsterroristen werden von der Polizeidirektion mit Waffenscheinen ausgestattet. — Geheimorganisationen rühmen sich, „bewährte Mitglieder" in gutbezahlten Staatsstellen unterbringen zu können!"

Wir wollen unsererseits zu diesem treffenden Bild eines demokratischen Blattes über bayrische Zustände noch folgendes hinzufügen:

Unser Genosse Stock-Aschaffenburg, Landtagsabgeordneter, redete anläßlich der zweiten Demonstration nach Rathenaus Ermordung vor den Arbeitern. Er forderte zum Schutz der Republik auf. Die Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren nach § 130 des RStGB. gegen ihn eingeleitet.

Gegen Linksabgeordnete wird in Bayern unverhüllt zu Strafmaßnahmen, wenn nicht noch mehr, aufgefordert. Besonders scheint unserem Genossen Nickisch als nächstem das Schicksal Gareis' zugedacht zu sein. Dafür zeugt folgende Hetze des „Bayerischen Kurier", die durch alle Zeitungen der Bayerischen Volkspartei ging:

„Herr Nickisch fühlt sich so wohl und so sicher unter der Reichsverordnung zum Schutze der Republik, daß er in der unverschämtesten Sprache zum Morde am Leben des bayerischen Staates auffordert, daß er ungehindert in der schamlosesten Hetze Bayern schmähen und verleumden kann. So pudelwohl fühlt sich Herr Nickisch im Schutze seiner Abgeordnetenimmunität, daß er darüber die Scham vergißt, die auch einem Abgeordneten seiner Couleur innewohnen müßte. . . . . Vielleicht kann der Staatsanwalt darin keinen Hochverrat erblicken, **das bayerische Volk erblickt darin einen Hochverrat und bringt dem Herrn Nickisch gegenüber die Empfindungen auf, die ein anständiger Mensch gegenüber einem Landesverräter empfindet.**"

Auf Grund der Ausnahmeverordnung hat die bayerische Regierung zwei kommunistische Zeitungen verboten (Bayerische Arbeiter-Zeitung-Augsburg und Neue Zeitung-München). Der Anlaß war ganz harmlos. Der anstoßerregende Artikel lautete:

„Hinter den üblichen Redereien des Ministerpräsidenten steht die reale Macht der herrschenden reaktionären Kräfte Bayerns, die sich ja einen Repräsentationsreisenden und -redner leisten können. Der kann durch seine Reden die „staatliche Gesinnung" pflegen, hauptsächlich bei unklaren katholischen Gesellen. Lerchenfelds Rede ergibt sich in ihrem ganzen Inhalt aus dem reaktionären Widerstand Bayerns gegen das Reich. Das „weißblaue Banner einer echten Demokratie" ist bayrische Sorte und heißt: Niederknüppelung der Arbeiter, Ausnahmegesetz gegen links, ungestörte Ausbeutungsfreiheit. Darben und Hungern der ärmeren Bevölkerung, ungestörte Freiheit der Mordorganisationen. Die bayerischen Arbeiter kennen den Schwindel aus Erfahrung."

Angesichts dieser politischen Zustände in Bayern ist es kein Wunder, wenn selbst die demokratische „Berliner Volkszeitung" feststellt, daß Bayern ein politischer Sumpf sei, der zum Himmel stinkt!

Zum Tode der Rathenau-Mörder

Kern von der Polizei erschossen, Fischer durch Selbstmord geendet

Nach den bisherigen Darstellungen hatten die beiden Rathenau-Mörder, als sie sich von der Polizei eingeschlossen sahen, Selbstmord begangen. Genauere Untersuchungen ergaben ein anderes Resultat. Schon bei der gerichtsärztlichen Obduktion gewann man den Eindruck, daß nicht beide durch Selbstmord geendet. Man nahm jedoch an, daß **Fischer zuerst Kern erschossen und dann sich selbst** die todbringende Kugel in den Kopf gejagt hatte. Die Vermutung der Gerichtsärzte, daß Fischer den Kern zuerst und dann sich selbst erschossen, erwies sich bei der weiteren Untersuchung als wenig wahrscheinlich. Es wurde festgestellt, daß von **Beamten der Halleschen Polizei,** die sich durch die Repetierpistolen der Mörder bedroht fühlten, **nach dem Fenster hinaufgeschossen** wurde. Bei den Mördern wurden **nur Pistolen gefunden,** während der **Tod Kerns von einem Karabinergeschoß herrührt.** Man nimmt nunmehr an, daß **durch die Schüsse der Polizeibeamten Kern getroffen** wurde. Eines der Geschosse durchschlug die Schädeldecke. Als die Beamten in das Zimmer, in dem die beiden Leichen gefunden wurden, eintraten, fanden sie Kern bis zur Brusthöhe zugedeckt im Bette liegen. Fischer lag neben dem Bett. Beide waren bereits tot. Fischer hat, wie man annimmt, Kern, der an der Wand entlang zu Boden stürzte, aufgefangen und den tödlich Verletzten auf das Bett gelegt. Er versuchte dann mit Wattepfropfen, die später gefunden wurden, das Blut zu stillen. Als er jedoch erkennen mußte, daß Kern bereits tot war, beging er Selbstmord.

Offenbar hatten die beiden Mörder die Absicht, in allernächster Zeit das Schloß zu verlassen, um zu versuchen, nach Bayern zu gelangen. Fischer trug zwei Hosen, drei Westen und drei Röcke auf dem Leibe. **Papiere wurden bei Beiden nicht gefunden,** dagegen mehrere **Landkarten und Generalstabskarten,** aus denen ersichtlich war, daß Kern und Fischer sowohl im Kreise Gardelegen als im Harz sich aufgehalten hatten. Auch eine Karte von Mecklenburg wurde bei ihnen gefunden. An Geld fand man bei Fischer rund 2900 Mark. Man nimmt an, daß dieses Geld aus dem Erlös der Fahrräder stammt, da man diese nicht mehr vorfand. Bei den Mördern wurden weiter zwei Browningpistolen mit etwa zehn Patronen gefunden.

Die Moskauer Mordjustiz

Während das europäische Proletariat einmütig gegen die drohende Todesstrafe für die Sozialrevolutionäre Front macht, entfaltet das Moskauer Komitee der Kommunistischen Partei eine fieberhafte Tätigkeit, um die Massen der Arbeiter und Angestellten zu einer neuen Demonstration für die Todesstrafe auf die Straße zu peitschen. Ganz wie im Anfang des Prozesses sind große Geldmittel zur Verfügung gestellt worden, um nicht nur durch die Peitsche, sondern auch durch das Zuckerbrot die etwaigen Widerspenstigen gefügig zu machen. Ganz wie damals, als die Genossen Liebknecht, Rosenfeld und Vanderveide noch in Moskau waren, werden wieder unter Drohung von Repressalien, durch Fortnahme der Arbeitssachen und dergleichen mehr, die Massen veranlaßt, durch Absendung von Delegierten in den Gerichtssaal einen unerhörten schamlosen Druck auf das Tribunal und auf das Allrussische Vollzugskomitee auszuüben und gleichzeitig die europäische sozialistische öffentliche Meinung zu täuschen. Das westeuropäische Proletariat hat aber längst das Falschspiel der bolschewistischen Despoten durchschaut. Indem es für das geknechtete Proletariat Rußlands zum Schutze der Sozialrevolutionäre seine Stimme erhebt, handelt es auch im Sinne der russischen Arbeiter, denen nichts übrig bleibt, als entweder zu schweigen oder zu heucheln. Es wird auch dem Vertreter der Kommunistischen Internationale auf der Berliner Konferenz der drei Exekutiven, Bucharin, der jetzt als eifrigster Verfechter der Todesstrafe für die Sozialrevolutionäre und Organisator der Demonstrationen auftritt, nicht gelingen, jemand hinters Licht zu führen, wenn er behauptet, daß es nicht möglich sein werde, die parteilosen und kommunistischen Arbeiter von einer Abrechnung mit den Sozialrevolutionären abzuhalten. Sollte das Ungeheuerliche und Unausdenkbare Wirklichkeit werden: das Blut der russischen Revolutionäre, die selbst der Zarismus verschont hat, wird auf die leitenden Männer des Bolschewismus zurückzuführen sein. Der russische Arbeiter würde an diesem Verbrechen keinen Anteil haben.

Die Reichswehr als Hort der Hakenkreuzler

In Oberschlesien treiben sich noch immer Trupps vom sogenannten Grenzschutz herum, der sich seinerzeit bei den Einfällen der Polen in deutsches Gebiet in Oberschlesien einnistete und trotz verschiedener Auflösungsdekrete weiter dort hauste. Jetzt werden, wie die Dena meldet, diese Trupps in den von der Reichswehr verlassenen Kasernen gesammelt. Man schätzt die Gesamtstärke dieser Trupps auf 1600 Mann. Der Zweck der Zusammenziehung ist, sie soweit als möglich in der Reichswehr unterzubringen. Wie der Reichswehrminister es verantworten will, die aus Abenteuerlust und Hakenkreuzlergeist der Reichswehr beigetretenen Elemente noch zu vermehren, ist unerfindlich. Soll denn in dieser Beziehung der alte Kurs noch immer weitergesteuert werden? Die Unentschiedenheit im Vorgehen gegen bewaffnete Abenteurer ist ebenso gefahrbringend, wie die Abenteurer selbst es sind.

Zum Tode verurteilt. Die beiden Irländer Dunn und O'Sullivan wurden am Dienstag wegen Erschießung des Feldmarschalls Wilson zum Tode verurteilt.

Wie die Reichspostverwaltung die Republik „schützt“

Die Fraktion der USP. richtete an die Reichsregierung folgende Anfrage:

In der 211. Sitzung des Reichstages (Haushalt des Reichspostministeriums) hat der Abgeordnete Geck (Offenburg) (USP.) nach einer Kritik rigoroser Fälle des geschäftlichen Drucksachen-Versandes darauf hingewiesen, welchen Schutzes dagegen die postalischen Sendungen zur antirepublikanischen Bekämpfung der Reichsverfassung sich erfreuen. Der Redner verwies auf den Briefumschlag einer Göttinger Industrie, dessen typographische Ausstattung den Vorschriften nicht entspricht und dazu dient, die Farben des Deutschen Reiches und seine Flaggen zynisch zu verhöhnen.

Schwarz-weiß-rot. (Von einem Südwestafrikaner.)
Aluminiumwerk Carl Albrecht, Göttingen.

Ihr Männer. die uns den „Frieden“ gebracht,
Die uns verkauft und verraten.
Die uns gestoßen in Elend und Nacht,
Was gelten euch Helden und Taten?
Was gelten euch Freiheit und Vaterland? —
Was gelten euch Stolz und Ehre?
Ihr grifft mit frecher und schmutziger Hand
Nach unserer blanken Wehre!
Ihr grifft nach dem stolzen Schwarz-weiß-rot
Und habt es heruntergerissen,
Den blanken Schild bewarft ihr mit Kot,
Um ein neues Banner zu hissen.
Ihr standet ja in der Feinde Sold
Und ließet euch schmieren und kaufen!
Heut weht über euch das Schwarz-rot-gold,
Ueber euch und dem treulosen Haufen!
Doch wir hier draußen, wir danken euch,
Daß ihr in irrem Wahne
Die glorreichen Farben vom Deutschen Reich
Getäuscht mit der neuen Fahne.
Weshalb? — So braucht doch das Schwarz-weiß-rot
Die Schmach und Schande nicht sehen!
Und kann im leuchtenden Morgenrot
Fleckenlos auferstehen! —
Drum laßt ihn nur flattern, solange er kann,
Den traurigen goldenen Lappen.
Bis wieder dem Reiche ersteht ein Mann,
Heut herrschen die biegsamen Schlappen,
Bis wieder wie einst der deutsche Aar
Rauscht über Meer und Lande,
Bis die Nacht des Elends den Morgen gebar.
Bis wir rächen die Schmach und die Schande.

Diese Briefumschläge wurden bisher von der Post unbehelligt verbreitet. Der Reichspostminister war anwesend, als unter dem demonstrativen Beifall der rechten Seite des Reichstages diese Poesie vorgelesen wurde. Ist gegen die Poststelle, welche diese Umschläge bisher beförderte, indessen vorgegangen worden? Wird der Staatsgerichtshof sich auch mit diser Agitation gegen die Bestimmung der Reichsverfassung (Art. 3) befassen müssen?

Die Annahme der Schutzgesetze

Die Abstimmung im Reichstag

Das Gesetz zum Schutze der Republik wurde im Reichstag — wie wir bereits kurz meldeten — mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. Diese Majorität mußte vorhanden sein, weil eine Verfassungsänderung vorlag. Abgegeben wurden 409 Stimmen, mit Ja stimmten 309, mit Nein 102 Abgeordnete, vier Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Der auf Antrag der Deutschen Volkspartei in der zweiten Lesung eingefügte Strafparagraph für gewaltsame Sprengung von Versammlungen wurde gestrichen. Das Gesetz über die Pflichten der Beamten im republikanischen Dienst fand ebenfalls die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Mit Ja stimmten 278 Abgeordnete, mit Nein 137, einer enthielt sich der Stimme. Das Gesetz über die Errichtung einer Reichskriminalpolizei und das Amnestiegesetz fanden ebenfalls eine große Mehrheit. Alle Fraktionen waren bei der Abstimmung nahezu vollzählig vertreten. Um 7½ Uhr abends vertagte sich der Reichstag bis zum Herbst. Er soll spätestens am 17. Oktober wieder zusammentreten.

Ueber die Abstimmung urteilt der „Vorwärts“:

„Zum ersten Mal seit sechs Jahren schließt ein Reichstagsabschnitt, ohne daß SPD. und USP. sich gegenseitig ihre angeblichen oder wirklichen Sünden vorwerfen. Zum ersten Mal im Reichstag der deutschen Republik haben die 180 Sozialdemokraten ohne Unterschied der Fraktion bis zum Schluß fest nebeneinander ausgehalten. Man kann sagen, daß sie in diesem oder jenem gefehlt hätten, aber selbst wenn sie alles falsch gemacht hätten, wäre es besser, sie hätten dies gemeinsam getan, als das sie sich aufs neue darüber, was richtig ist, zerfleischen. Denn, sind sie erst wieder einmal einig in Rat und Tat, dann erst besitzen sie die Möglichkeit auf dem rechten Wege zum Ziel zu kommen. Sie werden niemals zum Ziel gelangen, solange der eine dahin, der andere dorthin zerrt. In diesem Sinne dürfen wir mit dem Ausgang des letzten Reichstagsabschnitts zufrieden sein. Er hat uns nicht nur Erfolge gebracht, über deren Größe man streiten mag, sondern auch eine große Hoffnung, die zu erfüllen an uns ist!“

Die „Vossische Zeitung“ schreibt über das Schutzgesetz:

„Es wird natürlich auch hier wie bei allen Gesetzen darauf ankommen, wie das Gesetz angewendet wird. Die Staatsbehörden und die Richter werden sich jederzeit des Ursprungs dieses Gesetzes bewußt sein müssen. Das Gesetz soll die Republik schützen, wo sie wirklich des Schutzes bedarf. Es soll daher nur angewandt werden, wo einwandfrei solche Schutznotwendigkeiten festgestellt sind. Aber es soll nicht zu unnötigen Belästigungen führen. Es soll sich nicht in Schikanen verzetteln. Es soll nicht die Republik herabwürdigen, sondern es soll die Achtung vor ihr nach innen und außen erhöhen. Diejenigen, die das Gesetz anwenden, sollen sich aber auch gleichzeitig gewiß sein, daß die Republik, gerade weil sie auch von kühlen Verstandesmenschen als die einzige staatspolitisch mögliche Verfassungsform für das deutsche Volk anerkannt wird, viel fester begründet ist, als die gegnerische Agitation es hinstellt.“

Wichtig über den Wert oder Unwert der Gesetze ist das Urteil der rechtsstehenden Presse. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Es scheint, daß die Herrschaften von heute, die sich so gerne als die Unterdrückten von ehedem gerieren, ihren Ehrgeiz darein setzen, die vermeintlichen und die wirklichen Fehler eines von ihnen verlästerten Regimentes in der Potenz zu wiederholen. Es wird Gelegenheit sein, auf die einzelnen Ungeheuerlichkeiten der sogenannten Schutzgesetzgebung für die Republik noch näher einzugehen. Für heute genügt zu ihrer Kennzeichnung die Schilderung der Atmosphäre, in der sie entstanden, und die Beleuchtung einiger weniger Punkte. Wir stehen mit der Verabschiedung der Schutzgesetzgebung am Grabe der Pressefreiheit und am Grabe der Vereins- und Versammlungsfreiheit. Güter, die unter dem undemokratischen alten Regime in langer, allmählicher Entwicklung erreicht und gesichert waren, demokratische Grundbedingungen, deren Fehlen in einer anderen Demokratie nicht vorstellbar ist, sie werden von dem demokratischen Deutschland wie alter Plunder abgetan und eingescharrt.“

Die „Kreuzzeitung“ (Mit Gott für König und Vaterland!) sieht in den Schutzgesetzen bereits die Vorstufe zur kommenden Diktatur. Sie schreibt:

„Des Sieges glaubt die Sozialdemokratie trotzdem sicher zu sein. Denn die wiederum zutage getretene Schwäche und Unsicherheit der bürgerlichen Koalitionsparteien gibt ihr die Gewähr, daß sie auch ohne Neuwahlen, die außer der Zweifelhaftigkeit ihres Ausfalles noch dazu kostspielig sind, ihre Ziele erreicht und ihren Willen durchsetzen wird. Durch die parlamentarische Demokratie, als geeigneten Kampfboden, zur Diktatur! Unter diesem Gesichtspunkt können auch die Unabhängigen in der Regierung mitmachen. Sie geben von ihrem Grundsatze nichts auf, während die Mehrheitssozialdemokratie durch die Verbrüderung nur ihre wahre Absicht enthüllt. Die „sozialistische Kampfgemeinschaft“ stellt sich dem hin- und herwankenden Bürgertum entgegen. So vollzieht sich ein Schicksal an uns, dem die Demokratie den Weg bereitet, ohne es wahr haben zu wollen.“

Zum Schluß noch ein Urteil der „Täglichen Rundschau“:

„Was die Schutzgesetze verbieten, ist nichts anderes als eine Knebelung der freien politischen Betätigung, ist ein mit dem gesetzlichen Nimbus umkleidetes Werkzeug zur Unterdrückung der Parteien, die der jeweiligen Regierung mißliebig sind. . . . .

Am deutlichsten kommt die Parole „Der Feind steht rechts“ in dem Amnestiegesetz zum Ausdruck, das lediglich als Zugeständnis an kommunistische Aufrührer aufzufassen ist, denn es versagt die Begnadigung ausdrücklich allen Personen, die im rechtsradikalen Sinne gegen die bestehenden Ordnungen zu Felde gezogen sind. Das Beamtengesetz enthält ebenfalls deutliche Hinweise darauf, daß man es auf eine Maßregelung rechtsgerichteter Staatsdiener abgesehen hat.“

Werden die Schutzgesetze in der hier geschilderten Weise angewendet, dann sind wir tatsächlich einen Schritt vorwärts gekommen. Es liegt bei den Arbeitern, für diese richtige Anwendung zu sorgen.

Die Reichsregierung zu den verschwundenen Spandauer Akten

Entgegen den in der Beschwerde der Interalliierten Militärkontrollkommission behaupteten Tatsachen wird der „Dena“ von Regierungsseite folgende Darstellung über die angeblich beiseite geschafften Spandauer Akten gegeben: Der Meldung eines Berliner Blattes über eine Beschwerde der Interalliierten Kontrollkommission wegen der angeblichen Beiseiteschaffung von Akten über Heeresmaterial in Spandau liegt lediglich die Tatsache zugrunde, daß Akten, in denen ein Kontrolloffizier Unterlagen zur nachträglichen Feststellung des deutschen Waffenbestandes zurzeit des Waffenstillstandes zu finden glaubte, gleichzeitig vom Reichsschatzministerium angefordert und dorthin geschafft wurden, ohne daß dem Reichsschatzministerium bekannt war, daß der deutsche Verbindungsoffizier die vorläufige Belassung der Akten in Spandau zugesagt hatte. Es kann also von der Beiseiteschaffung von Akten keine Rede sein. Die Akten sind vielmehr nach wie vor im Gewahrsam der deutschen Regierung und werden dort geprüft. Der Interalliierten Kontrollkommission ist der Tatbestand schon vor längerer Zeit mitgeteilt worden.

Ferner wird der in der gleichen Beschwerde behauptete Fund von 500 Maschinengewehren in einer Kaserne der Stuttgarter Schutzpolizei von der Reichsregierung in Abrede gestellt. Die Stuttgarter Meldung sei in keiner Weise zutreffend.

An Backe!

Die demokratische „Berliner Volkszeitung“ bespricht einen Artikel des ehemaligen Sozialdemokraten August Winnig, den dieser Kapp-Lüttwitzfreund in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichte. In dem Artikel hieß es u. a.:

„Im Bilde der erspähbaren Zukunft zeichnen sich Konturen ab, die auf Chaos oder Diktatur hindeuten. Wir sind von beiden nicht mehr weit entfernt. Dahinter mag dann die Zeit liegen, in der sich die Demokratie ans Licht ringt. Nur kann Demokratie niemals aus nationalem Zusammenbruch emporsteigen.“

Dazu schreibt die „Volkszeitung“: „Wir bitten den Konturenseher, sich zu beruhigen. Was auch kommen möge, — so einschneidend wird die Veränderung niemals sein, als daß nicht für Charaktere von der Unterwertigkeit Winnigs dabei ein fettes Pöstchen abfiele!“

Die Amsterdamer Tagung

Amsterdam, 19. Juli. (W. T. B.) Heute vormittag fand unter Leitung des Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes die Internationale Konferenz statt, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund und den Leitungen der Gewerkschaftsinternationale von London und der Zweiten Gewerkschafts-Internationale einberufen worden war, um über die Möglichkeit der Schaffung einer gemeinschaftlichen Front zum Schutze der deutschen Republik und der Unterstützung des Streites der deutschen Arbeiter gegen die Reaktion und die nationalistischen und monarchistischen Strömungen in Deutschland zu beraten. Es nahmen daran teil für die Leitung der Zweiten Internationale Tom Shaw (England), J. Anters (Belgien), Troelstra, Wibaut und Vliegen (Holland), für die Leitung der Wiener Internationale Longuet, Brake (Frankreich), Wallhead (England), Grimm und P. Graber (Schweiz), P. Cermak (Tschechoslowakei), S. Caplanski (Poalei-Zion) und Friedrich Adler-Oesterreich. Vom Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes waren anwesend: Thomas-England, Jouhaux-Frankreich, C. Merten-Belgien und die Sekretäre Fimmen und Oudegeest und von deutscher Seite Otto Wels und Crispien.

Amsterdam, 19. Juli. (WTB.). In der heutigen Sitzung der Internationalen Gewerkschaftskonferenz setzte nach einem einleitenden Wort des Vorsitzenden der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Fimmen, den Zweck der Konferenz in kurzen Worten auseinander. Nach der Meinung der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes sei es notwendig, daß sofort Maßnahmen zum Schutze und der Aufrechterhaltung der deutschen Republik und zur Verhinderung aller monarchistischen und reaktionären Anschläge getroffen würden. Es sei auch notwendig zu einer internationalen Uebereinkunft über eine Abänderung derjenigen Teile der Friedensverträge zu gelangen, die zu einem guten Teil daran schuld seien, daß nicht allein die Reaktion in Deutschland stets wieder neuen Stoff für ihre Agitation gegen die Republik finde, sondern auch daß die Arbeiter in beinahe allen Ländern vom wirtschaftlichen Elend betroffen würden.

Die Verhandlungen im Haag

Gegenüber der Genuakonferenz hatte die Konferenz im Haag, die als Fortsetzung gedacht war, von vornherein einen begrenzten Rahmen. Sie sollte ausschließlich der russischen Frage gewidmet sein, nachdem in Genua dafür sondiert war. Zwischen Genua und Haag haben sich indessen in der russischen Regierung über die Genueser Verhandlungen Meinungsverschiedenheiten herausgebildet, die schließlich mit der Kaltstellung des nach bolschewistischer Auffassung allzu nachgiebigen Tschitscherin endeten. An seine Stelle trat im Haag Litwinow, dessen Richtung mehr auf das propagandistische Wirken eingestellt ist. Mit dieser Umwandlung der russischen Haagdelegation wurde jedoch der Erfolg der Haager Konferenz noch mehr in Frage gestellt, als es ohnehin schon der Fall war. Es tauchten daher schon Meinungen auf, daß Lloyd George die Konferenz nur noch als Rückzugsdeckung gegenüber Frankreich und Belgien benutzen wird. Wie dem auch sei: die russische Delegation kam mit ihrer Propagandatätigkeit gar nicht erst zum Anfangen, weil die Ententemächte hartnäckig auf bestimmte Bindungen Rußlands in bezug auf die Eigentumsfrage drangen. Aber gerade hier wollten die Russen nicht nachgeben, und so drohte die Konferenz schon einige Male aufzufliegen.

Rußland hat aber einen starken Trumpf in der Hand, und das ist das Erdöl. Wahrscheinlich ist es diesem Trumpf auch zu verdanken, daß die Haager Konferenz noch nicht aufgeflogen ist. Erstens haben besonders England und die amerikanischen Petroleumtrusts ein großes Interesse am Erdöl und zweitens konnte und wollte die russische Delegation nicht mit ganz leeren Händen heimkommen. Und so hielt man die Petroleumfrage, genau wie in Genua, bis zuletzt zurück als letztes Mittel, die Konferenz doch noch zusammenzuhalten.

Nach den letzten Meldungen aus dem Haag ist man jetzt auf die Hauptfrage, nämlich die des Petroleums, gekommen. So meldet T. U.: Die Petroleumverhandlungen mit den russischen Delegierten haben begonnen. Die in Genua eingeleiteten Verhandlungen der Royal Dutch und Shell Comp. bezüglich der kaukasischen Oelfelder nahmen in den letzten Tagen einen günstigen Verlauf und es ist zu erwarten, daß ein mit Erfolg gekrönter Abschluß der Verhandlungen nächstens bekanntgegeben wird.

Sollte diese Meldung richtig sein, so haben sich zweifellos die amerikanischen und englischen Petroleumunternehmer geeinigt. Es bleibt nun abzuwarten, ob es auch in der belgischen und französischen Eigentumsfrage hinsichtlich ihrer Besitzungen in den kaukasischen Oelfeldern zu einer Verständigung kommt. Sollte sie nicht zustande kommen, so ist noch keinesfalls die Konferenz vor dem Auffliegen gesichert, weil Belgien und Frankreich auf keinen Fall ihre Besitzklauseln aufzugeben geneigt sind.

Vor der Schlußsitzung

Haag, 19. Juli. (Niederl. Korr.-Büro.) Heute Nachmittag fand eine Plenarsitzung der nichtrussischen Kommission ohne die russische Abordnung statt. Sogleich nach Eröffnung der Sitzung beantragte Avezzana mit Rücksicht auf die heute morgen von Litwinow abgegebene Erklärung im Namen aller Abordnungen die nachstehende Entschließung:

„Die nichtrussische Kommission hat, ihre Tätigkeit beendigend, im Laufe des Gedankenaustausches mit der russischen Abordnung das Erwünschte erreicht und nimmt mit Genugtuung Kenntnis von dem Vorschlag der russischen Abordnung, ihrer Regierung die heute durch Litwinow vorgelegte Erklärung zu unterbreiten. Die nichtrussische Kommission findet in den Bedingungen dieser Erklärung selbst keine Grundlage für eine Vereinbarung. Sie stellt aber fest, daß die in dieser Erklärung erwähnte Richtschnur, wenn sie durch die russische Regierung angenommen und durchaus ausgeführt wird, beitragen kann zu der Wiederherstellung des für eine gemeinschaftliche Arbeit Europas im Interesse des Wiederaufbaues Rußlands notwendigen Vertrauens. Die nichtrussische Kommission stellt weiter fest, daß diese Erklärung eine günstige Atmosphäre schaffen kann für weitere Unterhandlungen, die die verschiedenen Regierungen für wünschenswert halten müssen.“

Lloyd Greame sagte darauf, daß diese Entschließung vollkommen im Einklang sei mit der Auffassung der britischen Abordnung. Die Entschließung wurde darauf mit allen Stimmen angenommen. Die Schlußsitzung der Haager Konferenz wird morgen nachmittag stattfinden.

Korfantys Ministerliste

O. E. (Drahtbericht.) **Warschau**, 19. Juli 1922.

Korfanty hat nachts folgende Ministerliste beendet: Vorsitz: Korfanty; Auswärtiges: Skirmunt; Inneres: Wahgart; Krieg: Sosnkowski; Finanzen: Michalski; Handel: Straßburger; Justiz: Kuczynski; Unterricht: Godlewski; Landwirtschaft: Bninski; öffentliche Arbeiten: Kucharski; Post: Dobrowolski; Gesundheit: Szerkiewicz; soziale Fürsorge: noch unbesetzt. Als Korfanty gegen Mitternacht im Ministerpalais das Ernennungsdekret fertigstellen lassen wollte, war das Gebäude geschlossen, so daß er keinen Einlaß fand. Er will aber heute das Dekret dem Staatschef zur Unterschrift vorlegen; man bezweifelt, daß dieser die Unterschrift gebe.

Wie verlautet, sollen sich auch die polnischen Sozialisten einschließlich der Kommunisten gegen die reaktionäre Gefahr eines Korfanty-Ministeriums zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben. Neben der parlamentarischen Zusammenarbeit wurden gemeinsame Aufrufe an die Arbeiter zu Protestkundgebungen und Demonstrationen herausgegeben.

Rachejustiz in Italien

Die revolutionäre Welle, die 1919 auch Italien durchzuckte, führte dort in verschiedenen Städten und Industriezentren zu Betriebsbesetzungen durch die Arbeiter. Die Bewegung war so wuchtig, daß selbst der damalige italienische Ministerpräsident Nitti gegenüber dem Begehren auf militärisches oder zumindest polizeiliches Einschreiten mit den Achseln zuckte. Jetzt, nachdem drei Jahre vergangen, nachdem die italienische Parteibewegung sich mehreremal gespalten und dadurch die Reaktion wieder kräftig Oberwasser bekommen hat, naht die Rache. In Turin wurden wegen der damaligen Fabrikbesetzungen drei Personen zu je 9 und sieben andere zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt. Hierin zeigt sich, wie mit dem Sinken des Einflusses der Arbeiter auf die Politik die Feinde des Proletariats durch Schreckensjustiz ihre Position zu festigen suchen. Aber auch hier gilt das Wort: Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht. Einiges Zusammenstehen ist jedoch die Voraussetzung jedes dauernden Erfolges.

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Verkauf nur soweit Vorrat

Stachelbeeren ..... Pfund 5.50
Kirschen süsse ..... Pfund 4.25

Rotwurst nach Thüringer Art .... Pfund 62.00
Landleberwurst ..... Pfund 62.00
Bauernmettwurst grobe Pfd. 85.00
Dosenleberwurst ... ausgewog. Pfund 20.00

Blumenkohl Kopf von 14.00 an
Schlangengurken Stück v. 9.00 an
Saure Kirschen entsteint. Pfund 11.00
Kaffee-Ers.-Misch. 10% Bohnen Pfd. 29.00

Leipziger Str. **Frisches Fleisch** Alexanderplatz

Gehacktes	Pfund 50.00
Schabefleisch	Pfund 60.00
Kalbskamm	Pfund 50.00
Kalbskeule	Pfund 55.00
Suppenfleisch	Pfund 46.00
Hammelkeule	Pfund 55.00

Verkauf nur soweit Vorrat

Schmorgurken ..... Pfund 7.00
Schoten ..... Pfund 10.00

Spitzkäse ..... Stück 6.50
Landkäse ..... Stück 14.00
Kochkäse ..... Pfund 26.50
Reis m. Tomaten 2-Pfd.-Dose 14.75

Kabliau kopflos, im ganzen ..... Pfund 13.20
Seelachs kopflos, im ganzen Pfd. 11.20
Rotbars kopflos, im ganzen . Pfd. 13.00
Schellfisch klein ..... Pfund 8.80

Flundern Ahlorcker ..... Pfund 19.00
Schellfisch geräuchert ..... Pfund 16.00
Ia fettes Ochsenfleisch gefroren ..... Pfund 50.00
Corned beef Pfund 56.00
Kaninchen gefroren ..... Pfund 27.00

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne täglich 7½ Uhr **Robert u. Bertram**

Theater am Nollendorfplatz 7¼ Uhr **Verliebte Leute**

Neues Volkstheater Köpenicker Straße 68 7½ Uhr: **Die erste Geige**

Valhalla-Theater 7½ Uhr **Er und seine Schwester**

Staats-Theater Schauspielhaus 7½ Uhr Operettenspiel **Die beiden Nachtigallen**

Rotter-Bühnen Täglich 8 Uhr: **Residenz-Theater** Eine Frau ohne Bedeutung

Deutsches Theater 7½ Uhr: **Der Raub der Sabinerinnen**

Trianon-Theater 7½ Uhr **Moral** v. Ludw. Thoma

Kammerspiele 7½ Uhr Zum ersten Male: **Die ewig lächelnde Frau**

Theater des Ostens (Klose-Theater) 5 Uhr: Konzert 7½ Uhr: Dorus Reni

Deutsches Schauspielhaus 7½ Uhr: **Die Maschinenstürmer**

Berliner Prater Kastanien-Allee 7/9 Täglich 7½ Uhr **Heute Donnerstag Großer Volkstag** Konzert, Theater, Spezialitäten **Die Prinzessin vom Mil** Op. in 3 Akten. Beginn 5 Uhr

Theater in der **Königgrätzer Str.** 8 Uhr: Die wunderschöne Geschichte des Kapellmeisters Kreisler.

Theater am Kottbuser Tor Kottbuser Str. 6 Nur heute 16371 Allabendl. 7½ U. Gastspiel Freyers Leipziger Sänger am 24. Programm 1. Auf. Wiederaufleben der Alte-Sänger.

Komödienhaus Tgl. 8 U. **„Gretchen"**

Berliner Theater 7.45 Uhr: **Madame Flirt**

Putz-Zuarbeiterinnen

bei hohem Gehalt per sofort gesucht. Vorstellung von 10-12 Uhr vorm.

M. J. Emden Söhne Einkaufshaus Seydelstraße 8-12.

„Arbeiter-Sport"

Wochenschrift zur Förderung der Sportbewegung in Arbeiterkreisen. Publikationsorgan des Kartell-Verbandes Groß-Berlin und des 1. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes.

Der „Arbeiter-Sport" vertritt die Interessen des revolutionären Arbeitersportlers. Er will nicht nur Sportzeitung, sondern gleichzeitig auch Kampforgan sein. Der „Arbeiter-Sport" wirkt in dem Bewußtsein, daß der Arbeitersportler ein tätiges Mitglied der proletarischen Kämpferschar sein muß. Der „Arbeiter-Sport" wendet sich gegen alle bürgerlichen Sportorganisationen und gegen die, die durch Neutralitätsbestrebungen des Sportes zur Verflachung des politischen Kampfes die Hand reichen. Er fördert den Sport, dessen Wahlspruch lautet:

„Unsere Aufgabe ist, dem revolutionären Proletariat an Körper und Geist gestählte Kämpfer heranzubilden."

Jeder klassenbewußte Arbeitersportler liest den „Arbeiter-Sport". Er ist das einzigste Organ, welches seine Interessen wahrnimmt.

Verlag des „Arbeiter-Sport"
Berlin SO 16, Köpenicker Straße 108.

Von 1–3 geschlossen

Trotz Waren-knappheit

unterhalte noch imposantes Lager preiswerter

Teppiche

(Deutsche u. Perser)

Gardinen

Möbelstoffe

Läufer u. Belagstoffe, Stepp-, Diwan- und Tischdecken, Schlaf- und Reisedecken

Eine grosse Anzahl Teppiche mit Fehlern

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin-Süd. Seit 1882

nur Oranienstr. 158

Keine Filialen!

Tüchtige Kontoristinnen,

die flott und sicher rechnen können, sofort gesucht.

Meldungen: 1-2 Uhr mittags, 5-6 Uhr abends.

A. Jandorf & Co.,
Kottbuserdamm 1

Vorzügliche Küche, wohlgepflegte Biere bei Musik u. Gesang

bietet das

Heim d. Berliner Arbeiterschaft „Gewerkschaftshaus"
Engel-Ufer 25

Metzner
Kinderwagen-Welthaus

Metall-Bettstellen, Kinder-u. Korbmöbel, Korbwaren, Runestühle, Puppenwagen, Alle Kinder-Fahrzeuge usw.

Größte Auswahl Berlins.

Andreasstr. 23, Andreasplatz
Brunnenstr. 95, Beusselstr. 67
Leipziger Str. 54, Neukölln, Hermannstr. 139
Spandau, Charlottenstr. 24a.

Überall in Zigarrengeschäften erhältlich ist der **echte Kapitän-Kautabak** mit Zelteleinlage (Rollen, Schleifen, Stangen Twist. Verkaufsstellen durch Carl Rücker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 Kgst. 3895

Geschlechtskranke

Spezial-Arzt Dr. med. Dammanns Heilanstalt
1. Potsdamer Str. 123 B, 2 Friedrichstr. 81
3. Königstraße 56/57 am Alexanderplatz
Sprechstund. 9–12, 4–7, Sonntag 10–12 nur Potsdamer Str. 123 B
Behandl. außerh. d. Sprechz. n. tel. Anm. Nollend. 101, Lützow 153. Zentrum 8...

Sämtliche **Metalle** kauft von Gewerbetreibenden, Händlern und Fabriken **Schulzendorferstr. 2.**

Alle Seifenhändler

decken ihren Bedarf in Toilettenseifen, Ia Kernseifen, Ia Faßseifen, Seifenpulver usw. im Seifenlager

Emerich A. Salgo,
N 54, Lothringer Straße 38, Hof
Fernsprecher: Norden 1976.

Werbt für unser Blatt!

Garderobe

auf bequemste Teilzahlung

Herren-: Anzüge, Hosen, Paletots, Ulster
Damen-: Paletots, Jacken, Röcke, Kleider.

Gute Ware, solide Preise, — grosse Auswahl. —

M. Beiser, Lothringer Str. 67

Möbelfabrik Rob. Seelisch

Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a, 5 Min. vom Bhf. Frankfurter Allee

empfiehlt zu bekannt billig. Preisen bei solider Ausführ.

Komplette **Schlafzimmer Speisezimmer Herrenzimmer** einfachen und besseren Genres

Küchen farbig und naturglasiert in allen Preislagen

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenl. lagern

Schokoladen

nach zu alten Preisen!

Schmelz, 100 g	6,55 M.
Milch, 100 g	18,00 „
Edel, 100 g	15,40 „
Nuß, 100 g	15,00 „
Pralinen, lose, Pfund	44,65 „

Pralinen in ½ Pfd.-Packung, Kokosflocken Pfund 33,00 M., Dragee-Riesenauswahl. – Pfund 28,85 M.

A. Knopf, Rosenthaler Str. 10.

Rauchtabak fund 18 Mk

Glauber . 20 M.
Schw. Krauser 22 „
Portorikos . 23 M.
Gold-Chag . 27 „

Rund Gr. Hamburger Str. 1

Metall elektrische Öfen Grün. Weg 50 zahlt Tagespreise f. **Kupfer, Messing, Blei Zink usw.**

Spezial-Arzt

Dr. Heisterkamp, Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleid., Syphilis-Harn, Blutuntersuchungen. In der Heilanstalt „Löser".
Dir. O. Löser, Münzstr. 9, nahe Alex.-Pl.
10–1, 4–7. Sonnt. geschl. Damen separat.

Heilanstalt

für inn. u. äuß. Krankheiten, Nervosität, Mag.- u. Verdauungsschwäch., Mattigkeit, Angstgefühl, Kopf- u. Rückenschmerzen, Herz-, Nier-, Leb.- u. Gallenld. Haut-, Harn- u. Frauenld., Syph. schnell, schmerzl. Bhdl.

= Untersuchung und Beratung kostenlos. =

G. Andres, Invalidenstr. 147 I. Etage.
Sprechstunden 9–1 u. 3–8.

Nachruf!

Am 15. Juli mittags 1 Uhr 15 Min. verunglückte in Charlottenburg bei einer Blitzableitungsreparatur an einem Schornstein unser Schornsteinmaurer

Wilhelm Winkel

im 54. Lebensjahre. Er starb wenige Minuten nach dem Unglücksfalle.

Wir betrauern in dem Verunglückten einen tüchtigen, fleißigen Maurer und aufrichtigen Mitarbeiter.

Er ruhe in Frieden!

Die Einäscherung findet Freitag, den 21. d. Mts., nachmittags 4½ Uhr in Baumschulenweg, Kiefholzstr. 221 statt.

Berlin, den 17. Juli 1922.

Louis Fraas & Comp.
Berlin W. 57.
Heinrich Ehrlich
Ingenieur.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung E. V.

Der Verein sucht zum baldigen Antritt einen

Geschäftsführer

sowie einen

Kassierer

In Frage kommen nur Gesinnungsfreunde, die über große organisatorische Talente, sowie über kaufmännische und verwaltungstechnische Geschäftsgewandtheit verfügen, um die vielseitigen und umfangreichen Aufgaben in ihrem neuen Wirkungskreis erfüllen zu können.

Rednerische Befähigung erwünscht!

Bewerber, die ihre Brauchbarkeit und Vertrauenswürdigkeit in langjähriger Tätigkeit innerhalb der proletarischen Bewegung erwiesen haben, wollen ausführl. Bewerbungsschreiben (unter Angabe von Referenzen u. Gehaltsansprüchen) bis zum 5. August d. J. richten an: E. Rieger, Berlin-Hohenschönhausen, Chamisserstr. 2.

Der Aufsichtsrat.

Soeben erschien!

Der Ferne Osten

Das Buch bringt auf Grund der Berichte des ersten Kongresses der revolutionären Organisationen des Fernen Ostens zum ersten Mal in deutscher Sprache das Originalmaterial über die Lage in Japan, Korea, China u. Mongolei, die Kongreßreferate über die internationale Lage u. den Fernen Osten, über die Nationalitäten- und Kolonialfrage usw. mit Resolutionen und Beschlüssen

Preis 70.— Mark

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

Teilzahlung!

Garderobe

für Damen, Herren u. Burschen

sehr preiswert infolge groß. alt. Lagerbestände

bei bequemen Ratenzahlungen

H. Tyra & Co., Berlin, Beusselstr. 23

Boten-frauen

bei hohen Löhnen verlangt Spedition

Wutzky, Choriner Str. 68
Charlottenburg, Wall-Str. 4

Kauft bei unseren Inserenten!

Wegen Räumung meines Lagers verkaufe ich zu spottbilligen Preisen **braune Damenhalbschuhe** in allen Größen **Schuhfabrik Weinberger, Brunnenstr. 25.**

Glauben Sie an Sympathie?

Wir glauben fest daran. Wir halten sie für das einzige wirksame Mittel, uns unsere Kundschaft zu erhalten. Deshalb legen wir so großen Wert darauf, daß jeder, der eines unserer 34 Geschäfte besucht hat, dies mit dem Gefühl verlassen soll, hier bist du gut bedient worden, hier kannst du mit Vertrauen wieder kaufen. Ihre Sympathie ist es, auf die wir Wert legen. Vielleicht ist uns nicht immer geglückt, was wir erstreben, aber es ist unser aufrichtiger Wunsch, uns die Sympathie unserer Kunden zu erwerben und zu erhalten. Und sollte es bei einem der vielen Leser dieser Zeilen uns nicht gelungen sein, so bitten wir hiermit aufrichtig darum, uns jetzt noch Gelegenheit zu geben, den Fehler wieder gutmachen zu dürfen, ganz gleich, wieviel Monate oder Jahre darüber vergangen sein mögen, und ganz gleich, was es uns kosten mag. Schreiben Sie uns ein paar Zeilen oder, besser, besuchen Sie uns am Spittelmarkt, Wallstr. 1, im Direktionszimmer, zum mindestens telephonieren Sie uns unter Zentrum 11 216. Wir möchten gern jedem, der Augengläser benötigt, so helfen, wie er es erwartet. Kein Mittel wollen wir dabei unversucht lassen. Nur darum geben wir unsere Garantie, wonach wir jeden Metallteil der Doublé- und Goldfassung umsonst reparieren oder neu ersetzen in der Garantiezeit von 1—4 Jahren. Nur darum garantieren wir für passende Augengläser und verpflichten uns zum Umtausch, bis Sie diejenigen Gläser gefunden haben, die Ihnen behagen. Doch nur in seltenen, ganz außergewöhnlichen Fällen wird solch Umtausch erforderlich sein, weil unser tüchtiges Personal fachmännisch gründlich genug vorgebildet ist auf dem Gebiet der Augengläserverordnung. Im eigenen Interesse eines jeden, der Augengläser benötigt oder mit seinen jetzigen nicht zufrieden ist, oder dessen Fassung nicht gut sitzt, wünschen wir, daß er eines unserer Geschäfte besuchen möge, wahrscheinlich wird er dann ebenfalls aus Ueberzeugung und Sympathie sagen, wie so viele Tausende vor ihm:

Sind's die Augen — geh zu Ruhnke!

C Spittelmarkt Ecke Wallstr.
Alexander-Platz nahe Alexinger
Königstr. 55 gegenüber Rathaus
SW Belle-Alliance-Str. 4 nahe Jandorf

W Friedrich-Str. 193a Ecke Leipziger Str.
Leipziger Str. 113 Ecke Mauer-Str.
Link-Str. 1 Ecke Potsdamer Str.

SO Oranien-Str. 44 zwischen Moritz- und Oranien-Platz
S Kottbuser Damm 10 nahe Jandorf
O Frankfurter Allee 14 nahe Tiefe

N Friedrich-Str. 106 Ecke Ziegel-Str.
Invaliden-Str. 164 Ecke Brunnen-Str.
Invaliden-Str. 117 am Stettiner Bhf.

NW Friedrich-Str. 150 Ecke Dorotheen-Str.
N Chaussee-Str. 72 nahe Müller-Str.
Schönhauser Allee 81 am Bhf. Nordring

Charlottenburg: Tauentzien-Str. 15 Ecke Nürnberger Str. Joachimsthaler Str. 2 nahe Bhf. Zoo
Wilmersdorf: Berliner Str. 132–35 nahe Uhland-Str.

Schöneberg: Haupt-Str. 21, Ecke Kleist-Str.
Friedenau: Rheinstr. 18, Ecke Kirch-Str.
Neukölln: Berg-Str. 4, Ecke Hirten-Str.
Spandau: Breite Str. 18, nahe Markt

33 Geschäfte in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Cöln, Magdeburg, Basel — Fabriken in Berlin und Rathenow

Bayerische Kulturschmach in Niederschönenfeld

Den Kampf gegen den durchaus ungesetzlichen Strafvollzug an den bayerischen politischen Gefangenen in Niederschönenfeld beantwortete im Frühjahr dieses Jahres das bayerische Justizministerium mit der Herausgabe einer Denkschrift. Diese Denkschrift war lediglich eine Sammlung von Schmähungen und Verleumdungen der Gefangenen, die ihr Recht verlangten. Hemmungsloser, als es in dieser Denkschrift geschah, hatte sich noch nie eine Regierung an der Ehre wehrloser Menschen vergangen. Die bürgerlichen Parteien des Bayerischen Landtags triumphierten. Nicht nur, daß die unglücklichen Gefangenen unter den Mißhandlungen unmenschlicher Strafvollzugsbeamten seufzten, — man hatte nun auch noch ihrem persönlichen Ansehen in der Oeffentlichkeit schwersten Schaden zugefügt. Eine Besserung in der Behandlung der Gefangenen trat nicht ein. Im Gegenteil. Man ersann neue Schikanen, neue Folterungen; man mißachtete immer unbekümmerter Gesetz und Recht. Wir wollen uns heute darauf beschränken, eine Auswahl aus der Fülle empörender Tatsachen zu treffen, durch die der Strafvollzug beleuchtet wird. Bei der Beurteilung dieser Tatsachen ist in Betracht zu ziehen, daß es sich um Festungshaft handelt, daß Jagow in Gollnow Besuche nationalistischer Mordbuben empfangen darf, daß ihm Ausgang gewährt wird, daß seine Briefe nach eigenem Geständnis keiner Kontrolle unterliegen, und daß der Mörder Arco ähnliche Milde genießt.

1. Seit der Ermordung Rathenaus erhalten die Niederschönenfelder **keine Zeitungen, auch keine bürgerlichen Zeitungen mehr.** Die Gefangenen hoffen begreiflicherweise auf Amnestie. Den Gang der Ereignisse können sie nicht verfolgen. Sie schweben zwischen **Hoffnungen und Verzweiflung.** Die Anstaltsleitung weiß das. So werden die **Gefangenen seelisch zermürbt und zugrunde gerichtet.**

2. Tollers „Maschinenstürmer“ wurden jüngst in Berlin mit Erfolg aufgeführt. Die Anstaltsleitung verfügte, daß **die Zeitungskritiken nicht an Toller ausgehändigt werden durften.** Man denke sich in Tollers Lage hinein! Er schwebt in fiebernder Erwartung; er möchte Gewißheit, ob das Werk Erfolg oder Mißerfolg erlebte. Welch unbeschreibliche Grausamkeit ist es da, ihm alle Nachrichten vorzuenthalten. Die Anstaltsleitung begründete zuerst ihre Maßnahme damit, daß überhaupt ein Zeitungsverbot bestehe; Toller bat, man möge die Kritiken ausschneiden. Die Antwort war: Auch die **Kritiken sind agitatorischen Inhalts.**

3. „Masse Mensch“ ist in fremde Sprachen übersetzt. Als jüngst ein **Uebersetzungsexemplar** für Toller zur Durchsicht in Niederschönenfeld eintraf, wurde es **beschlagnahmt.** — Die Verwaltung weigert sich, es auszuhändigen.

4. Gelegentlich der Aufführung der „Maschinenstürmer“ trafen **zahlreiche Karten für Toller ein.** Sie wurden zum Akt genommen, da sie **„eine Gefahr für den Strafvollzug“** seien. Toller durfte auch nicht die Namen der Absender erfahren. Als er gegen diese niedrige Schikane protestierte, erhielt er eine Rüge, weil er sich **„ungezogen aufgeführt“** habe.

5. Der Augsburger Oberstaatsanwalt Kraus verfügte, daß **Rudolf Hilferdings Finanzkapital wegen seines Inhalts nicht an die Festungsgefangenen ausgehändigt werden dürfe.**

5. Eine **Beschwerdeschrift** Erich Mühsams an den **Reichsjustizminister** Radbruch wurde **beschlagnahmt,** da das **Reichsjustizministerium „keine vorgesetzte Behörde“ sei.**

7. Festungsgefangene, die gegen Rechtsbrüche protestieren, werden **in Zwangsjacken gesteckt.** Der Gefangene Egensberger wurde **22 Stunden hindurch in der Zwangsjacke festgehalten; man erlaubte ihm nicht, seine Notdurft zu verrichten und ließ ihn stundenlang in seinem Kot liegen.**

8. Die Strafvollzugsvorschriften sprechen ausdrücklich aus, daß Einzelhaft nicht als Strafmaßnahme verhängt werden dürfe. Entgegen dem klaren Wortlaut der Vorschrift ist jedoch **Einzelhaft die regelmäßige Disziplinarstrafe.** Sie wird in letzter Zeit zudem mit zahlreichen Verschärfungen verbunden. Die Verschärfungen, die alle gleichzeitig zur Anwendung kommen, sind: **14 Tage Hosenzug, Brief-, Paket-, Besuchs-, Zeitungs-, Rauch- und Alkoholverbot.** Dazu gesellt sich häufig **Kostentzug.** Das Ungeheuerlichste liegt aber darin, daß die Einzelhaft vollzogen wird **in Zellen, die 1,60 m breit und 3,60 m lang sind.** Diese Zellen durften früher nur als Schlafzellen und nicht als Aufenthaltszellen benützt werden. Man stelle sich hier den Aufenthalt vor, der nicht einmal durch einen Augenblick Hofgang unterbrochen ist!

Als drückende Allgemeinmaßregeln kommen zu allem noch in Anwendung:

1. **Ausgang und Urlaub** besteht für die Niederschönenfelder grundsätzlich **nicht.**

2. Zum Besuch werden nur nächste Angehörige zugelassen. Dieser **Besuch wird strengstens von übelwollenden Beamten überwacht.** Der Gefangene kann weder mit Frau, noch mit Kindern oder Eltern ein vertrauliches Wort wechseln.

3. Der **Briefwechsel unterliegt schärfster Zensur.** Briefe von Personen, die der bayerischen Regierung nicht genehm sind, werden **zurückgehalten.** Briefe, in denen eine politische Wendung sich befindet, ja deren **Schlußformel** nur lautet: **„Mit revolutionärem“** oder **„sozialistischem Gruße“** kommen **wegen agitatorischen Inhalts zur Akte.**

Das ist nur eine kleine dürftige Auswahl. Diese kurze Kulturschmach, die sich in der Behandlung der Festungsgefangenen in Niederschönenfeld offenbart. Festungshaft soll keine entehrende Strafe sein. Daraus folgt: daß sie auch **nicht zu einer Tortur gemacht werden soll. In Bayern aber, wo man für zuvorkommende Behandlung nationalistischer Verbrecher ein so großes Verständnis an den Tag legt, wo nationalistische Mordbuben die hilfreichsten Hände zu Flucht und Tatverdunkelung finden, nutzt man die Festungshaft zu Folterkammerpraktiken, sobald es sich um Leute handelt, die dem reaktionären monarchielüsternen Regime anrüchig sind.** Es wird höchste Zeit, daß diese Schmach bayerischen Strafvollzuges mit Stumpf und Stil ausgerottet wird.

Heute, Donnerstag, 20. Juli, abends 7 Uhr

Bötzow-Brauerei, Prenzlauer Allee 247:

Funktionärkonferenz

aller USP.-Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre von Berlin-Brandenburg.

Tagesordnung: Die politische Lage.

Referent:

Reichstagsabgeordneter Genosse Levi.

Ohne Funktionärkarte und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Bezirksleitung.

Auch die USPD.-Metallarbeiter-Funktionäre sollen nach Schluß ihrer Branchenversammlungen erscheinen.

Der Landesparteitag der USP. Sachsens

Große Mehrheit für die Einheitsfront

Am Sonnabend und Sonntag tagte in Plauen i. V. der Landesparteitag der USP. Sachsens. Er war von 109 Genossen, darunter 71 Delegierte, besucht. Der Parteitag stand im Zeichen des Kampfes gegen die Reaktion und nahm einen äußerst geschlossenen Verlauf. Die aus der Not der Stunde heraus geborenen Beschlüsse der Reichskonferenz und der Reichstagsfraktion fanden mit großer Mehrheit die Billigung der sächsischen Genossen. Zur politischen Lage im Reiche, über die Genosse Lipinski referierte, wurde **mit 61 gegen 10 Stimmen** folgende Resolution angenommen:

„Die Mehrung der politischen Morde an linksgerichteten Politikern durch nationalistische organisierte Mörder zeigt die ungeheure Gefahr, in der die deutsche Republik und deren Vertreter schweben. Um diese Gefahr zu bannen, ist die einheitliche Aktion der sozialistisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft nötig. Aus dieser Lage heraus hat sich die USP. bereit erklärt, in die Reichsregierung einzutreten. Die Landesversammlung der USP. Sachsens billigt diesen Schritt als eine politische Notwendigkeit.

Die Arbeiterklasse kann den Kampf gegen die Reaktion nur dann erfolgreich führen, wenn sie möglichst einheitlich und geschlossen handelt. Deshalb begrüßt die Landesversammlung die beschlossene Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Reichstagsfraktionen, weil sie diesem Zwecke dient und einem Zusammenschluß der sozialistischen Parteien die Wege ebnet.“

Die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der beiden sozialistischen Parteien zur Niederwerfung der Reaktion, zum Schutz und zum Ausbau der Republik kam noch deutlicher bei der Besprechung der sächsischen Landespolitik zum Ausdruck. Die Kritik an der Tätigkeit unserer Genossen in der Regierung bewegte sich in sachlichen Bahnen. Genosse Fleißner, der das Referat hielt, konnte feststellen, daß der Geist, der heute in Sachsen die Arbeiterschaft beherrscht, der Geist der USP. ist. Der Kampf der letzten Wochen habe gezeigt, daß auch im Lager der Schwesterpartei eine Umwandlung vor sich gegangen ist. Wir dürfen, so schloß Fleißner seine Rede, diesen Prozeß nicht stören, sondern müssen ihn fördern durch eine vernünftige, von überspannten Forderungen freie Politik.

Zur politischen Lage in Sachsen wurde folgende Resolution gefaßt:

„Die Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Parteien in Sachsen, die durch die Bildung der sozialistischen Regierung eingeleitet und durch den Beschluß der vorjährigen Landesversammlung in ein festeres Verhältnis gebracht wurde, hat die Stoßkraft der sozialistischen Bewegung gestärkt. Mehr und mehr gelangten die von der USP. vertretenen Grundsätze des Klassenkampfes zur Anerkennung. Viel ist erreicht worden, mehr noch hätte durchgesetzt werden können, wenn die kommunistischen Führer durch ihr Sondervorgehen nicht fortge-

---

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Scholz.
Amerikanisches Copyright 1912 by Ullstein & Co., Berlin.

(113. Fortsetzung.)

Es lebten in mir sozusagen zwei Menschen. Der eine hatte schon so viel Schmutz und Niedertracht kennengelernt, daß er, von der Gemeinheit und Grausamkeit des Alltags überwältigt, voll Mißtrauen gegen das Leben und die Menschen war und sich mutlos mit einem ohnmächtigen Mitleid mit den andern und sich selbst begnügte. Dieser eine in mir träumte von einem stillen, einsamen Leben fern den Menschen, in Gesellschaft guter Bücher, vom Kloster, von einer stillen Waldhütte oder einem Bahnwärterhäuschen, von Persien, von einem Nachtwächterposten irgendwo an der Stadtperipherie. Nur recht wenig Menschen, nur recht weit weg von ihnen! Der andere in mir hatte von den gediegenen, weisen Büchern, die ich gelesen, die Weihe des Heiligen Geistes erhalten, beobachtete die sieghafte Macht der Bosheit und Gemeinheit, erkannte, wie leicht diese Macht ihn an Geist und Herz zum Krüppel machen konnte, und wehrte sich gegen sie voll Trotz, mit zusammengebissenen Zähnen und geballten Fäusten, jederzeit zu Streit und Kampf bereit. Dieser andere liebte und haßte mit der Tat, zog, wie es die tapferen Helden der französischen Romane taten, nach dem dritten Worte den Degen und stellte sich in Positur, sobald er ein Unrecht sah.

Ich hatte zu jener Zeit einen gar gehässigen Feind — es war der Hauswart eines öffentlichen Hauses in der Kleinen-Fürbitten-Straße. Ich hatte ihn eines Morgens, als ich nach dem Jahrmarkt ging, kennengelernt, wie er vor dem Torweg des Hauses ein sinnlos betrunkenes Mädchen aus einer Droschke zog. Er hatte sie an den Beinen gepackt, von denen die Strümpfe heruntergeglitten waren, und dabei ihren Körper bis zu den Hüften entblößt. Er zerrte sie schamlos hin und her, lachte und juchzte und spie auf ihren nackten Körper. Ihr Gesicht war welk und fahl, die Augen waren geschlossen, der Mund stand offen, und die weichen Arme hatte sie, als wären sie ausgerenkt, um den Kopf gelegt. Ruckweise glitt sie von der Droschke, stieß mit dem Rücken, dem Nacken, dem Gesicht gegen den Sitz und den Wagentritt, fiel schließlich auf die Straße und schlug mit dem Kopfe aufs Pflaster auf.

Der Droschkenkutscher gab seinem Pferde die Peitsche und fuhr davon, während der Hauswart sich vor die Beine des Mädchens spannte und sie rückwärts schreitend wie eine Tote über das Trottoir schleifte. Mir vergingen die Sinne — ich stürzte auf ihn zu, rannte jedoch im Lauf gegen eine zufällig dastehende Wasserwage, was uns vielleicht beide vor Schlimmem bewahrte. Ich versetzte ihm nur im Anlauf einen Stoß, der ihn zu Boden warf, stürmte die Vortreppe hinan und zog verzweifelt an der Klingel, worauf ein paar Leute mit verblüfften Gesichtern in der Tür erschienen. Ich war nicht imstande, ihnen irgend etwas zu erklären, richtete die umgestürzte Wasserwage auf und entfernte mich rasch.

An der Ausfahrt der Straße holte ich die Droschke ein, die das Mädchen hergebracht hatte. Der Kutscher sah mich von seinem erhabenen Sitz auf dem Bocke wohlwollend an und meinte in billigendem Tone:

„Dem hast du's ordentlich besorgt!“

Ich fragte ihn unwillig, warum er dem Hauswart erlaubt habe, mit dem Mädchen so abscheulich umzugehen.

„Was geht mich die Sache an?“ erwiderte er abweisend, doch in aller Ruhe. „Der Kuckuck hole sie alle beide! Die Herren haben mich bezahlt, als sie sie in die Droschke setzten. Was kümmert's mich, was sonst mit ihr geschieht?“

„Und wenn man sie totgeschlagen hätte?“

„Auch das kann vorkommen — so eine ist leicht mal kaltgemacht,“ sagte der Kutscher in einem Tone, als ob er schon selbst so manches betrunkene Mädchen kaltgemacht hätte.

Seit diesem Tage sah ich den Hauswart fast jeden Morgen. Ich ging die Straße entlang, und er fegte das Pflaster oder saß, mich erwartend, auf der Haustreppe. Ich gehe auf ihn zu, und er erhebt sich, streift die Aermel auf und sagt mit drohender Miene:

„Wart', jetzt zerbrech' ich dir die Knochen im Leibe!“

Er war von kleinem Wuchse, krummbeinig und sicher schon über vierzig Jahre alt; sein Leib war gedunsen, als wenn er schwanger wäre. Er lächelte und sah mich mit strahlenden Augen an, und der Ausdruck dieser Augen war, so seltsam und überraschend es scheinen mag, heiter und gutmütig. Aufs Zuschlagen verstand er sich nicht, seine Arme waren auch kürzer als die meinigen; wenn wir uns faßten, gab er nach zwei, drei Ansätzen es auf, sich mit mir zu messen, lehnte sich mit dem Rücken gegen das Tor und sagte verwundert:

„Na, laß schon los — bist 'n figer Kerl ...“

Nach etlichen Zusammenstößen dieser Art sagte ich ihm schließlich: „Hör' mal, du Narr, was willst du eigentlich? Laß mich doch ungeschoren!“

„Warum hast du mich geschlagen?“ versetzte er vorwurfsvoll.

Ich fragte ihn, weshalb er sich gegen das Mädchen so garstig benommen hätte.

„Was geht dich das an? Bedauerst sie wohl gar?“

„Gewiß bedaure ich sie.“

Er schwieg einen Augenblick, wischte sich die Lippen und fragte:

„Würdest wohl auch 'ne Katze bedauern?“

„Allerdings, auch eine Katze muß man bedauern ...“

„Ach, was — du bist ein Narr, ein Halunke,“ sagte er da — „wart', ich will dir schon zeigen ...“

Ich konnte es nicht vermeiden, durch diese Straße zu gehen — es war der kürzeste Weg nach meiner Arbeitsstelle. Ich stand früher auf, um diesem Menschen nicht zu begegnen, sah ihn jedoch nach ein paar Tagen wieder auf der Haustreppe. Er hatte eine braune Katze auf den Knien und streichelte sie. Als ich drei Schritte von ihm entfernt war, sprang er auf, faßte die Katze bei den Hinterpfoten, schwang sie durch die Luft und schlug so heftig mit ihrem Kopfe gegen den Prellstein, daß das warme Blut mich bespritzte. Dann warf er mir das zuckende Tier vor die Füße, trat in die Nebenpforte des Tores und fragte: „Was sagst du nun?“

Was sollte ich sagen? Wir zerrten uns im Hofe herum wie zwei wütende Hunde, und dann saß ich im Grase der Ausfahrt, ganz von Sinnen vor lauter bittrem Gram, und biß mich auf die Lippen, um nicht laut aufheulen zu müssen. Wenn ich daran zurückdenke, durchzuckt es mich von qualvollem Abscheu, und ich bin erstaunt, daß ich nicht den Verstand verlor, nicht den ersten mir Begegnenden totschlug ...

Warum ich diese verjährten Greuel hier erzähle? Mit Erlaubnis, meine Verehrten: diese Dinge sind noch nicht abgetan, nein, wirklich nicht! Sie, Herrschaften, finden Gefallen an erdichteten Schrecknissen, an nett erzählten Schauergeschichten; das Phantastisch-Grausige bereitet Ihnen eine angenehme Gemütsbewegung. Ich aber kenne das Grausen der Wirklichkeit, die Schrecknisse des Alltags, und ich besitze unstreitig das Recht, Ihnen durch deren Schilderung eine unangenehme Gemütsbewegung zu verursachen, damit Sie sich recht vergegenwärtigen, unter welchen Bedingungen und in welcher Umwelt Sie leben.

(Fortsetzung folgt.)

setzt die gemeinsame Front durchbrochen und damit das reaktionäre Bürgertum gestärkt hätten.

Indem die Landesversammlung ihren Beschluß vom Vorjahre bestätigt, spricht sie den festen Willen aus, auch fernerhin die Kampfgemeinschaft mit der sozialdemokratischen Partei aufrechtzuerhalten und sie fester zu knüpfen und auszubauen. Sie begrüßt deshalb den Beschluß der letzten Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsens, in dem der gleiche Wille zum Ausdruck kommt.

Die sozialistische Regierung Sachsens hat, gestützt auf die sozialistische Mehrheit des Landtags, furchtbare Arbeit im Interesse des werktätigen Volkes geleistet, wichtige Gesetze durchgeführt oder in Angriff genommen und damit den Zorn des reaktionären Bürgertums auf sich geladen. Die sozialistische Regierung ist eine wichtige Machtposition des arbeitenden Volkes in seinem wirtschaftlichen und politischen Befreiungskampf. Mit allen Mitteln versucht deshalb das reaktionäre Bürgertum, die sozialistische Regierung zu stürzen und die sozialistische Landtagsmehrheit zu beseitigen, um den Staatsapparat wieder ausschließlich seinen Interessen dienstbar machen zu können. Dazu sollen Volksbegehren und Volksentscheid dienen.

Die USP. Sachsens hat den festen Willen, die sozialistische Regierung auch weiterhin zu erhalten und gegen alle Angriffe zu verteidigen. **Sie beauftragt die Landesleitung in Verbindung mit den Genossen in der Regierung und der Landtagsfraktion nach vorheriger Verständigung mit der SPD. die Schritte zu unternehmen, die sich aus dem weiteren Gang der politischen Ereignisse ergeben.**

Die Landesversammlung fordert die Parteigenossen auf, für eine Stärkung des Kampffonds zu sorgen, damit die bevorstehenden Wahlkämpfe erfolgreich durchgeführt werden können."

Die „Leipziger Volkszeitung" zieht in ihrer Betrachtung einen Vergleich mit der Tagung der Rechtssozialisten, die eine Woche vorher in Chemnitz stattfand und schreibt in bezug auf die Notwendigkeit des Zusammengehens beider Parteien:

„Die Hand, die Chemnitz unserer Partei hingestreckt hat, ist von Plauen kräftig ergriffen worden. Die beiden sozialistischen Parteien Sachsens marschieren noch getrennt, aber sie marschieren mehr und mehr in gleicher Linie, und immer mehr dringt das Bewußtsein in beiden Heersäulen durch, daß nicht bloß das Ziel in seinen allgemeinen Umrissen, sondern auch in seinen Einzelheiten und Vorstationen dasselbe ist, und daß auch die Methoden des Vormarsches, die Methoden des Kampfes sich immer mehr annähern und zu einer völligen Angleichung streben."

Aus der Partei

Bezirkskonferenz der USPD. Mecklenburg

Am Sonntag, dem 9. 7. 1922, fand in Schwerin eine Bezirkskonferenz der USPD. Mecklenburgs statt, die von fast sämtlichen Ortsgruppen des Bezirks beschickt war. Folgende Resolution wird gegen eine Stimme angenommen:

„Die Bezirkskonferenz der USPD. Mecklenburgs, unter grundsätzlicher Anerkennung des Leipziger Aktionsprogramms, das eine Koalitionsgemeinschaft mit bürgerlichen Parteien als unvereinbar mit den Methoden und der Taktik des proletarischen Klassenkampfes bezeichnet, erblickt in einer Koalitionsregierung nicht die Gewähr zur strikten Durchführung proletarischer Forderungen, verkennt jedoch nicht die Gründe, die die Reichskonferenz zu ihrem Beschluß veranlaßt haben.

Jedoch steht sie diesem Schritt bedenklich gegenüber, da die Gefahr besteht, daß ein Teil der Genossen diesen Schritt nicht aus taktischen Gründen propagierten, sondern in der bestimmten Absicht, die Partei bedingungslos der SPD. auszuliefern. Die historischen Aufgaben unserer Partei sind noch nicht erschöpft, die darin bestehen, die Partei als Sammelbecken des revolutionären Proletariats zum Kampf gegen den Revisionismus und Opportunismus auszubauen und das Proletariat zum Siege über den Kapitalismus zu führen.

Die Bezirkskonferenz erwartet von der Zentrale, daß sie unerbittlich alle Zersetzungserscheinungen in der Partei paralysiert und rechtzeitig alle destruktiven Elemente aus der Partei entfernt."

Um die Volkshochschule Groß-Berlin

Kulturpolitik oder Parteipolitik?

Am heutigen Tage fällt im Rathaus die endgültige Entscheidung über Sein oder Nichtsein der Volkshochschule Groß-Berlin. Ein Drittes gibt es nicht, denn die Volkshochschule ist, wie bereits mitgeteilt, nicht in der Lage, ihre Arbeit fortzuführen, wenn es bei dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 3. Juli bleibt, der sie der Lebensfähigkeit beraubt und zu langsamem Absterben verurteilt.

Beharrt die Stadtverordnetenversammlung wider Erwarten auf ihrem Beschluß, so stellt sich die Rechnung so: der Stadtsäckel erspart 350 000 Papiermark, — dafür wird Berlin um eines seiner wichtigsten Bildungsinstitute ärmer und einen Kulturskandal ersten Ranges reicher. Es bedarf keines Wortes, um darzutun, daß sowohl im Interesse der breiten Volksmassen, die die Vernichtung der Volkshochschule Groß-Berlin als unersetzlichen Verlust empfinden müßten, wie auch im Interesse des kulturellen Ansehens der Stadt Berlin schlechthin unerträglich wäre.

Der Betrag von 350 000 **Mark ist die Differenz zwischen** der Summe, die Berlin der Volkshochschule im vorigen Jahr gewidmet, und dem Zuschuß, den die Volkshochschule für das kommende Arbeitsjahr beantragt hat. Die Stadtverordnetenversammlung vom 3. Juli war der Meinung, für die Volkshochschule genug getan zu haben, wenn sie ihr die bisherige Unterstützung von 600 000 Mark beließ. Tatsächlich läuft dies aber auf eine Herabsetzung der bisherigen Unterstützung um volle fünfzig Prozent hinaus, denn der Realwert von 600 000 Mark beträgt heute bestenfalls die Hälfte des durch diese Summe vor Jahresfrist ausgedrückten Wertes.

Der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung erscheint aber vollends unverständlich, wenn man bedenkt, daß die Volkshochschule Groß-Berlin, obzwar in die Rechtsform eines freien Vereines gekleidet, ihrer ganzen Entstehung und Organisation nach eine städtische Einrichtung ist. Drei Kontrahenten waren es, die kurz nach dem Zusammenbruch von 1918 zusammentraten, um sie zu schaffen: die Wissenschaft, repräsentiert durch die Universität nebst den andern staatlichen Hochschulen, die Arbeitnehmerschaft, vertreten durch ihre Organisationen, und endlich die Stadt als Vertreterin der Gesamtheit der in ihren Mauern lebenden Bevölkerung. Der Sinn dieses Paktes war klar: die Mitwirkung der akademischen Kreise sollte den wissenschaftlichen Ernst, die der Organisation das Vertrauen der werktätigen Bevölkerung, die Mitwirkung der Stadt die finanziellen Notwendigkeiten gewährleisten. Dieser in seiner Art einzig dastehende Aufbau erwies sich als so glücklich und fruchtbar, daß die Volkshochschule Groß-Berlin trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens weit über die Grenzen der Stadt und des Reiches hinaus zu Ruf und Ansehen gelangt ist, wie kaum eine zweite Volksbildungseinrichtung. Im Inland vielfach nachgeahmt, im Ausland von den größten Sachkennern als mustergültig anerkannt und, nicht zuletzt, als außerordentlich wichtiger Faktor für die innere Genesung des deutschen Volkes gewertet, bedeutet sie für Tausende die einzige Brücke, die zu geistiger Mündigkeit, Urteilsfähigkeit und harmonischer Vollendung der Persönlichkeit führt.

All dies ist jetzt in Frage gestellt. Gewiß muß man der Stadt das Recht zugestehen, den seinerzeit eingegangenen Pakt aus triftigen Gründen zu lösen. Dies darf aber nicht sozusagen von heute auf morgen und muß unter allen Umständen auf loyale Weise geschehen. Wie liegen denn die Dinge? Die Stadt verfügt in der Verwaltung der Volkshochschule über die Majorität. Dem Vorstand gehören nicht weniger als sieben, dem Ausschuß sogar vierzig Vertreter der Stadt an. Solange diese, von den städtischen Körperschaften frei gewählten Vertreter nicht abberufen sind, solange besteht selbstverständlich für die Stadt die moralische Pflicht, die von ihnen gebilligten Ansprüche des Unternehmens zu befriedigen. Es würde gegen Treu und Glauben verstoßen, in anderer Weise zu verfahren.

Im übrigen hat die Stadt auch nicht den Schatten eines Grundes, geschweige einen triftigen Grund, die Volkshochschule preiszugeben. Die von interessierter Seite geflissentlich verbreitete Behauptung, es handle sich hier um ein einseitig sozialistisch orientertes Unternehmen, ist vollkommen falsch. Mit größerem Recht könnte von sozialistischer Seite darüber geklagt werden, daß unter den Lehrkräften zu wenig Sozialisten seien. Es entfallen nämlich auf hundert Nichtsozialisten in der Lehrerschaft im Durchschnitt nur zwanzig Sozialisten. Lediglich in den Gesellschaftswissenschaften ist der Prozentsatz der Sozialisten etwas größer, aber auch hier sind die Nichtsozialisten in der Mehrheit. Mit allem Nachdruck muß aber in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß die Volkshochschule selbst diese kleinliche Fakultät nicht kennt und sie neidlos ihren Gegnern überläßt. Sie fragt nicht nach dem Mitgliedsbuch, sondern nach dem Wissen, Können und Menschentum ihrer Lehrer. Die Hörer haben glücklicherweise begriffen, daß es nur darauf ankommt, und daß man auch vom politischen Gegner lernen kann, wenn er sein Fach versteht und ehrlich ist.

Die Stadtverordnetenversammlung vom 3. Juni, die in der Volkshochschule Groß-Berlin eine Art sozialdemokratischer „Parteischule erblickt und ihr zur Strafe dafür die ihr zu gewährenden Existenzgrundlagen entzogen hat, hat aber gleichzeitig beschlossen, daß andere Volkshochschulen ganz anders behandelt werden sollen. So wurden der Humboldthochschule 200 000 Mark, das ist das Siebzehnfache des ihr im Vorjahr gestifteten Betrages, der Lessing-Hochschule 50 000 Mark zugesprochen, während „den übrigen Volkshochschulen im Bedarfsfall auf Antrag Zuschüsse aus Vorbehaltsmitteln zur Verfügung gestellt" werden sollen. Unbestreitbar hat die Stadt das Recht, zu unterstützen, wen sie will und was sie will. Aber es muß doch ausgesprochen werden, daß sie sich keiner der genannten Volkshochschulen gegenüber auch nur in entfernt ähnlicher Weise gebunden hat wie der Volkshochschule Groß-Berlin gegenüber und da sie bei keiner von ihnen auch nur einen Bruchteil der Rechte besitzt, die ihr die Volkshochschule Groß-Berlin, eben um jener Richtung willen, eingeräumt hat. Und endlich muß auch das noch gesagt werden: die „übrigen Volkshochschulen" des vorstehend zitierten Beschlusses sind die Arndt-, Fichte-, Schleiermacher- und Martin-Luther-Hochschule, also durchweg Anstalten, die auf dem Boden einer ganz bestimmten politischen, beziehungsweise konfessionellen Weltanschauung stehen. Es ist ein ziemlich starkes Stück, die eigene Volkshochschule zu verkürzen, weil sie angeblich nicht neutral ist, um andere zu fördern, die es tatsächlich nicht sind. Daß das wissenschaftliche Niveau hier und dort sich verhält wie Tag und Nacht, nur nebenbei.

Die heutige Stadtverordnetenversammlung hat es in der Hand, den Beschluß vom 3. Juli zu korrigieren und die beklagenswerten Folgen abzuwenden, die er unweigerlich nach sich ziehen müßte. Hoffen wir, daß in letzter Stunde die Einsicht in die Notwendigkeit der Kulturpolitik die Hemmungen und Widerstände kurzsichtiger Parteipolitik überwinden wird. Andernfalls würde der Ruf Berlins als Kulturstadt eine kaum je wieder gut zu machende Erschütterung erfahren.

Schw.

Die Krankenversicherung nach dem neuen Reichsgesetz

Vielfache Unklarheiten über das neue Gesetz über die Krankenversicherung veranlassen uns, nachstehend die wichtigsten Punkte desselben wiederzugeben.

Durch Reichsgesetz vom 9. Juni 1922 über Versicherungspflicht in der Krankenversicherung ist die Verdienstgrenze für die Krankenversicherungspflicht von 40 000 M. auf

Gerhart Hauptmann-Festspiele in Breslau

In den Tagen vom 11.—20. August wird in diesem Sommer das Herz der dramatischen Kunst in Breslau schlagen. Zehn Tage hindurch wird mit dreizehn Premieren in der Breslauer Jahrhunderthalle, im Stadt- und Lobetheater das Werk Hauptmanns vor den begeisterten Freunden seiner Kunst in Musteraufführungen erstehen. Am Freitag, den 11. August, beginnen die von der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger als Vorfeier für Hauptmanns 60. Geburtstag veranstalteten Festspiele in der Jahrhunderthalle mit „Florian Geyer". Eugen Klöpfer spielt die Titelrolle, Wilhelm Dieterle, Ferdinand Gregori, Hans Schweikart und Erich Pabst stehen neben ihm im Vordertreffen. Carl-Heinz Martin führt die Regie. Der aus schlesischer Schule hervorgegangene Hans Leistikow hat die Dekorationsentwürfe geschaffen.

Am nächsten Tage öffnet das Stadttheater mit „Fuhrmann Henschel" seine Pforten. Unter der Spielleitung von Paul Barnay werden mit Eduard von Winterstein und Lucie Höflich an der Spitze sich die in Breslau wirkenden oder von früherem Wirken unvergessenen Künstler Carl Zistig, Robert Müller und Martha Santen in die Hauptaufgaben teilen. Ein junger, ebenfalls in Breslau bekanntgewordener Maler, Paul Fegeler, stattet das Stück aus.

Die dritte Premiere findet am Sonntag, den 13. August im Lobetheater statt. In hervorragender Besetzung mit Else Lehmann, Jannings, Diegelmann, Gülsdorff und Hanns Fischer wird unter Emil Linds Spielleitung der „Biberpelz" den charaktervollen Humor seines Autors zum Siege führen.

Von Montag ab wird in allen drei Theatern gleichzeitig gespielt. Auch dieser Tag, wie überhaupt jeder während der Festspieldauer bringt eine Premiere, und zwar die Aufführung eines der neuesten Stücke Hauptmanns: „Das Opfer" (Indipohdi) unter der Spielleitung des Dichters in der Inszenierung des Dresdener Staatstheaters durch das dortige Ensemble mit Paul Wiecke als Hauptdarsteller.

Am 14. August findet die Erstaufführung von „Gabriel Schillings Flucht" mit Theodor Loos, Albert Steinrück, Käthe Dorsch, Tilla Durieux, Elisabeth Bergner im Lobetheater statt. Spielleitung Viktor Barnowsky.

Am 15. August inszeniert Paul Barnay im Stadttheater „Rose Bernd" mit Lucie Höflich und Ilka Grüning in den weiblichen und den Herren Hartau, Rickelt und Hübner in den männlichen Hauptrollen. Die Dekoration entwirft wieder Paul Fegeler.

Am 16. August leitet Max Reinhardt im Stadttheater die Premiere von „Schluck und Jau", deren Titelrollen nach dem Wunsche des Dichters von Max Pallenberg und Hans Marr dargestellt werden.

„Kaiser Karls Geisel" mit Elisabeth Bergner als Gerfuind und den Herren Heinrich George, Robert Müller in den männlichen Hauptrollen gelangt unter der Spielleitung von Berthold Viertel am 17. August im Lobetheater zur Aufführung.

Felix Hollaender, der die gesamte künstlerische Oberleitung der Spielleitung hat, inszeniert am 18. August im Lobetheater „Einsame Menschen". Alexander Moissi, Gustav Rickelt, Hans Marr, Else Lehmann und Elisabeth Bergner spielen die Hauptrollen.

Am Tage darauf geht im Stadttheater zum ersten Mal unter Spielleitung von Viktor Barnowsky „Hanneles Himmelfahrt" in Szene mit Elisabeth Bergner als Hannele, Moissi und Steinrück in den männlichen Hauptrollen.

Am gleichen Tage ist für das Lobetheater eine Premiere, und zwar die Aufführung des „Armen Heinrich" in Aussicht genommen, dessen Hauptrollen Eugen Klöpfer und Roma Bahn spielen. Sollte diese von Breslau besonders gewünschte Aufführung nicht zustande kommen, so wird „Pippa" mit Roma Bahn, Jannings, Thimig und Ludwig Wüllner an ihre Stelle treten. Auch mit Ludwig Hartau schweben Verhandlungen, die vor dem Abschluß stehen.

Am Schlußtag der Festspiele, dem 20. August, bringt der Intendant des Breslauer Stadttheaters, Woldemar Runge, den „College Crampton" heraus. Bassermann, Winterstein und Wüthel sind an erster Stelle beschäftigt.

Die weite Premiere in der Jahrhunderthalle ist für Montag, den 14. August, angesetzt. Zur Aufführung gelangen, ebenfalls unter Carl-Heinz Martins Spielleitung „Die Weber". Interessant ist, daß fast die gesamte Besetzung aus geborenen Breslauern oder zum mindesten hier früher erfolgreich wirkenden Künstlern besteht. Emil Pabst, Herbert Hübner, Siegmund Nunberg, Fritz Lion, Robert Müller, Carl Wallauer und Martha Santen werden den Breslauer Freunden des Schauspiels sämtlich noch in bester Erinnerung sein.

Staatshilfe für Berufsschriftsteller

Man schreibt uns: Was der Kollege F. R. in seinem Nekrolog „Das Ende des freien Schriftstellers" sagte, ist für die Gegenwart nur zu wahr. Wohl niemand ist noch fleißiger wie der berufsmäßige Einzelschriftsteller und niemand führt bei täglich 10—14stündiger Arbeitszeit ein solches Hungerleben wie er. Wenn der Arbeiter den Hammer hebt und ihn niedersausen läßt, weiß er, was er verdient hat. Wir freien Schriftsteller führen die über das teure Schreibpapier sausende Feder fast stets auf gut Glück, auf eigenes Risiko. Auch Begabte können tagelang sich die Finger wund schreiben, ohne einen Pfennig zu verdienen. Was ist die Konsequenz dieser schenßlichen Verhältnisse? Jeder Klügere, materiell Denkende, der sich in die Liebe des Schriftstellers für seinen Beruf nicht hineinfühlen kann, sagt es auch mit dürren Worten: Werft den Dichterhut in die Ecke, tragt Zeitungen aus, putzt Stiefel, handelt mit Streichhölzern und Schlüsselringen oder verrichtet sonst eine doch noch einigermaßen lohnende Arbeit! Könnt ihr von der Schriftstellerei nicht mehr leben, so lebt von anderem! Viele Tausende müssen umsatteln. Warum gelingt es nicht auch euch? Gewiß, das ist richtig. Der Begabte darf sich doch erst recht nicht unterkriegen lassen. Aber ist es uns allen überhaupt noch möglich, in einem anderen Berufe festen Fuß zu fassen? Was nutzt der zäheste Wille, wenn die Widerstände unüberbrückbar sind? Ich selbst habe während des Krieges lange Monate täglich 10 Stunden in einem Keller gearbeitet, habe Zentnersäcke geschleppt, Kähne ausgeladen, Ställe ausgemistet und abends noch ein paar Stunden lang geschriftstellert. Mit über 50 Jahren auf dem Buckel! Bis der in unserem Berufe nie fett gewordene Körper versagte. Die Jungen, Jugendkräftigen unter uns, die hatten es leichter. Die pfiffen auf die Schriftstellerei und kamen bald anderswo unter. Wer nimmt uns Alte, die wir in den Sielen grau, aber noch lange nicht kopflahm wurden? Keine Behörde will etwas von unseren geistigen Fähigkeiten wissen, selten ein Geschäftsmann. Wir sind zu alt, trotz aller Schaffensfreude, aller Schaffenskraft, und werden auch nichts davon haben, wenn die endliche Einsicht des Staates jetzt den Verlegern zu helfen versucht. Was uns wieder auf die Beine bringen kann, ist eine direkte Staatshilfe. Konrad Haenisch hat sich einst als „Minister des Geistes" Mühe darum gegeben. Alles blieb in den berühmten Erwägungen stecken. Nur ein paar Millionen, heute kein so erheblicher Gegenstand, sind nötig, um jedem von uns Bedürftigsten zunächst mit einer Beihilfe von etwa 5000 Papiermark unter die Arme zu greifen. Hat der Staat nicht einmal mehr das übrig, dann kann er sich mit uns begraben lassen.

P. E.

72 000 M. jährlich erhöht worden. Die Ausdehnung der Versicherungspflicht beginnt mit dem 7. Juni 1922.

Es ist das Arbeitseinkommen maßgebend, welches auf Grund der tariflichen Bestimmungen gewährt wird. Daß auf Grund besonderer Bestimmungen die Anrechnung von Versorgungsgebührnissen, Sachbezügen usw. erfolgt, ändert hieran nichts.

Lohnempfänger (Arbeiter und Arbeiterinnen) sind stets versicherungspflichtig, also auch dann, wenn ihr regelmäßiger Arbeitsverdienst mehr als 72 000 M. beträgt.

Die Angestellten, die ihre Vergütung nach den Bestimmungen des Tarifvertrages für die Angestellten bei den Reichs- und den preußischen Staatsverwaltungen erhalten, gelten als an allen Wochentagen und Sonntagen, mithin an sieben Tagen in der Woche beschäftigt.

Sämtliche Angestellten, die neu versicherungspflichtig werden, sind neu anzumelden. Die Meldungen müssen auf vorschriftsmäßigen Formularen geschehen, die bei den zuständigen Krankenkassen zu haben sind.

Anzumelden sind auch die Mitglieder von Ersatzkassen sowie diejenigen Beschäftigten, die wegen Ueberschreitung der früheren Verdienstgrenze von 40 000 M. abgemeldet wurden und sich freiwillig weiter versichert hatten; denn die freiwillige Mitgliedschaft erlischt kraft Gesetzes beim Wiedereintritt der Versicherungspflicht.

Zur Zuweisung der bereits Versicherten in die neuen Lohnstufen hat auch die Ummeldung der bereits versicherten Krankenkassenmitglieder bei den zuständigen Krankenkassen mit Wirkung vom 1. Juli 1922 ab zu erfolgen. Diese Ummeldungen sind ebenfalls auf Formularen zu erstatten, die bei den zuständigen Krankenkassen zu haben sind.

Zur ordnungsmäßigen Verrechnung der Krankenkassenbeiträge ist es dringend erforderlich, daß alle An-, Ab- und Ummeldungen bei den Krankenkassen sofort erfolgen.

Die Beamten der Republik

Sie sind alle noch sehr auf der Höhe. Ihnen kann keiner. Und wenn noch zwanzig Revolutionen kommen nach dem Muster der Novemberrevolution, dann werden sie immer noch dickfellig und hochmütig sich auf ihren Wilhelm berufen, dessen Wiederkehr sie nicht nur herbeisehnen, sondern auch kräftig vorbereiten. Wozu zahlt die Republik auch das schöne Gehalt? Wie's gemacht wird, um auf Verfügungen „sozialistischer" Vorgesetzter zu pfeifen, dafür ein bezeichnendes Berliner Beispiel:

„Bis zum Februar-Streik war es, wie in allen übrigen städtischen Betrieben, üblich, die Gewerkschaftsbeiträge auf der Dienststelle einzukassieren. Nach dem Streik verbot es die Direktion, trotzdem sie keinen finanziellen Nachteil hat, da sowohl Kassierer wie Beitragszahlende dienstfrei sind.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wandte sich deshalb als führende Organisation des Lohnkartells für die Gemeindebetriebe beschwerdeführend an die Stadtverwaltung. Nach längeren Verhandlungen erging folgende Verfügung:

„Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter beantragt die Zulassung der Kassierung von Beiträgen für die gewerkschaftlichen Organisationen an den Arbeitsstellen durch dienstfreie Arbeiter. Wir bemerken hierzu, daß wir gegen eine solche Beitragseinziehung nichts einzuwenden haben, sofern sie außerhalb der eigentlichen Arbeitszeit oder während der Pause der arbeitenden Bediensteten erfolgt.

Wir bitten, dies in den dortigen Betriebsabteilungen bekanntzugeben."

gez. Ritter.

Wie dieser Auftrag ausgeführt wurde, zeigt nachstehende Abschrift, die in der Hauptwerkstatt der Straßenbahn in der Badstraße aushing.

D. D. Verfügung vom 12. Juli an alle Dienststellen.

Angeblich werden auf den Dienststellen von Funktionären des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes vom Personal Beiträge kassiert. —

Es muß bei dem Verbot sämtlicher Sammlungen verbleiben und ist sofort Einstellung der Sammeltätigkeit zu fordern.

D. D. gez. Lüdtke.
Wittenau, den 12. Juli 1922.

Vorstehende D. D. Verfügung vom 12. 7., die nach hier telephonisch übermittelt wurde, wird hiermit zur Kenntnis gebracht und ist eine Sammeltätigkeit, falls dieselbe vorgenommen wird, sofort einzustellen.

Hauptlagerverwaltung
gez. Unterschrift."

So wie es hier bei der Straßenbahn geht, gehts natürlich überall. Und bei dem Mangel an Energie, bei der beinahe kindlichen Duldsamkeit gegenüber diesen reaktionären Herrschaften braucht man sich natürlich nicht zu wundern, wenn trotz des sozialistischen Magistrats nichts Gescheites zustande kommt. Er ist gerade noch gut genug, um den deutschnationalen Demagogen Gelegenheit zu geben, die Schuld für ihre Unfähigkeit auf andere zu wälzen. Wann wird endlich mal eine Wandlung eintreten?

Auch sonst gibts in Berlin noch genug reaktionäre Beamte, die ganz offen in der provozierendsten Weise ihre monarchistische Propaganda betreiben. Da ist zum Beispiel in Neukölln ein Oberstadtinspektor Schenk. Dieser Herr äußerte sich, daß dem Juden Rathenau ganz recht geschehen sei, daß er ermordet wurde. Ermordet sei er nicht wegen seiner Gesinnung, sondern wegen seiner Verräterei.

Zu der Verhaftung des Techow meinte der Herr Schenk: „Die hätten müssen ein Flugzeug nehmen, dann wären sie auch weggekommen."

Als das Betriebsratsmitglied Herr Bauer am Tage der Demonstration die Kollegen abmeldete, bemerkte der Schenk, „das blödsinnige Volk" muß da auch wieder hinterherlaufen.

Oder der Herr Bodde vom Beamtenausschuß der städtischen Sparkasse. Eine Beamtin, die in provozierender Weise sich über den Demonstrationsstreik anläßlich der Rathenau-Ermordung geäußert hatte: „wegen dieses dreckigen Juden muß schon wieder die Straßenbahn stillestehen und ich kann nach Hause laufen", sollte versetzt werden. Bei der Verhandlung meinte der ehrenwerte Herr Bodde: „Meine Herren, Sie wollen eine Beamtin maßregeln, da sind wir auch noch da. Im übrigen warten wir mal ab, wie es in einem halben Jahre aussieht, dann sprechen wir uns vielleicht anders." Die Unverfrorenheit, mit der diese Herrschaften, die unter Wilhelm die rücksichtsloseste Unterdrückung jeder anderen Meinung mitmachten, hier die Gelder der Republik einstecken und gleichzeitig auf ihren Sturz hinarbeiten, ist bewundernswert. Hoffentlich wird der Magistrat endlich auch gegen diese Herrschaften ein wenig energisch.

Die steigende Verschlechterung der Milch

Die im Verein für innere Medizin und Kinderheilkunde zusammengeschlossenen Berliner Kinderärzte geben über die steigende Verschlechterung der Milch folgende Erklärung ab:

„Die Berliner Säuglings- und Kindermilch hat sich in ihrer Beschaffenheit in der Nachkriegszeit **ständig verschlechtert.** Der Gehalt an **Fett,** diesem wichtigsten Nährstoff der Milch für den Säugling, ist um **mehr als ein Drittel gegenüber der Friedenszeit gesunken.** Die Milch hat durch **Konservierungsmittel,** deren Zusatz früher gesetzlich verboten war, lebenswichtige Stoffe (Vitamine) verloren. Eine besonders verderbliche Rolle spielt unter den Konservierungsmitteln der Zusatz von Soda und Wasserstoffsuperoxyd. Die **Sauberkeit** der Milch, die in früherer Zeit selbstverständlich war, ist einer bedenklichen **Verschmutzung** gewichen und ihr Bakteriengehalt ist infolgedessen weit über das zulässige Maß gestiegen. Gesundheitsstörungen ernster Art sind bei unseren Säuglingen in steigendem Maße zur Beobachtung gekommen. Namentlich der **Skorbut** der kleinen Kinder hat sich in letzter Zeit bedenklich gehäuft.

Angesichts dieser Uebelstände fürchten die Berliner Kinderärzte verhängnisvolle Folgen für unseren Nachwuchs, wenn nicht bald für Abhilfe Sorge getragen wird. Sie fordern:

1. **Wiedereinführung der früheren Reinlichkeit** bei der Gewinnung und dem Transport der Säuglingsmilch sowie Beachtung der bereits bestehenden gesundheitspolizeilichen Vorschriften.

2. **Verbot der konservierenden Zusätze.**

3. **Bekämpfung der Milchverfälschung, besonders der Entrahmung**

Neben dieser verschlechterten Beschaffenheit der Milch verdient die **dauernde Verminderung** der vorhandenen Milchmengen ernsteste Beachtung. Bei der Knappheit und Teuerung der Nahrungsmittel kommt der Milch als wesentlichem Bestandteil der Kost auch unserer Kleinkinder eine höhere Bedeutung als früher zu. Weiteres Sinken der zur Verfügung stehenden Milchmengen muß unbedingt vermieden werden, damit nicht schwere Gesundheitsschädigungen der Kinder eintreten. Es gilt hier zu warnen, bevor es zu spät ist.

Die Kinderärzte lenken die Aufmerksamkeit maßgebender Kreise, besonders der Gemeinden auf die **Bereitstellung guter Trockenmilch,** die in periodisch wiederkehrenden Zeiten knapper Milchversorgung als zweckmäßig empfohlen werden kann. Trockenmilch hat sich bei der Ernährung von Säuglingen bei uns und in anderen Ländern aufs beste bewährt. Ihrer Einführung in größerem Umfange stehen keinerlei ärztliche Bedenken entgegen.

Schließlich betonen die Kinderärzte nachdrücklich, daß Reich, Staat und Gemeinden auf einen **erschwinglichen Preis** der Milch mit allen Mitteln hinwirken müssen.

Gegen öffentliche Märkte

Von vielen Hausfrauen werden öffentliche Märkte bevorzugt. Sie meinen, daß sie hier die Preise der Waren besser gegeneinander abwägen und vorteilhafter einkaufen können. Als eigentliche Gegner dieser Märkte treten die ansässigen Gewerbetreibenden auf, obwohl viele Markthändler noch ihre Geschäfte in einem Laden betreiben, dort aber nicht zurechtkommen. In der „Oeffentlichen Meinung" des „Lokalanzeiger" wird Sturm gelaufen gegen die beabsichtigte Verlegung einer zurzeit in der Voltastraße betriebenen Marktes nach dem Vineta-Platz oder nach der Stralsunder Straße. Es handelt sich nicht um einen neuen Markt, der jetzt Marktzwecken dienende Platz soll in einigen Wochen anderweitig benutzt werden. Die Händler müssen herunter, und nun handelt es sich darum, Ersatz zu schaffen. Und nun werden Schwierigkeiten über Schwierigkeiten gemacht. Die zuständige Polizei wendet sich hin und her. Die Geschäftsleute protestieren in Eingaben. Das städtische Ernährungsamt leiht den Wünschen der Gegner des Marktes ein williges Ohr und erschwert die Einrichtung des öffentlichen Marktes. Mehr noch: wie wir erfahren, stützt sich das Polizeiamt auf die im Ernährungsamt herrschende Ansicht von der Unzweckmäßigkeit eines öffentlichen Marktes, ohne daß ein besonderer Beschluß vorliegt. Das Bezirksamt Wedding, das für die Errichtung des Marktes eintritt, um Händlern und Konsumenten des Voltamarktes entgegenzukommen, wird in seinem Bestreben von Polizei im Verein mit Ernährungsamt sabotiert. Die Interessen der Konsumenten werden durch diese kleingeistige Geschäftsführung auf das schmählichste mit Füßen getreten.

Nun wird's ja werden!

Die „Geheime Kanzlei des Reichspostministeriums" übersendet uns offenbar zur „Beruhigung" die folgende Zuschrift. Sie ist so schön und kennzeichnend für unsere liebe, gute Republik, daß wir sie kommentarlos abdrucken:

Eine Anzahl von Post- und Telegraphenanstalten hat der Anordnung der Reichsregierung, die Dienstgebäude am Tage der Trauerkundgebungen für Oberschlesien und der Beisetzungsfeierlichkeiten für den Minister Rathenau zu beflaggen, nicht Folge geben können, weil ihre in den früheren Reichsfarben gehaltenen Flaggen sich zur Aenderung noch bei den Fahnenfabriken befanden und neue Flaggen noch nicht zu beschaffen waren. Behauptungen, daß Postamtsvorsteher absichtlich die Beflaggung des Dienstgebäudes unterlassen hätten, treffen demnach nicht zu. Die Reichspostverwaltung wirkt auf die möglichst schnelle Neulieferung oder Umarbeitung der Flaggen hin, jedoch bedarf die Erledigung der Aufträge immerhin einiger Zeit, da es den Fabriken nicht möglich ist, sich für eine nur vorübergehende Arbeit auf einen Massenbetrieb einzustellen und es ihnen z. T. auch an den nötigen Fahnenstoffen mangelt.

Oscar Thiele †. Der bekannte Berliner Gerichtsberichterstatter Oscar Thiele, der seit über 50 Jahren in dem Moabiter Kriminalgericht als Gerichtskorrespondent für die Berliner und viele auswärtigen Zeitungen erfolgreich tätig war, ist gestern im 75. Lebensjahre plötzlich am Herzschlag verstorben.

Straßenumbenennung — nicht in Berlin, sondern in Köln. In der Frage der republikanischen Straßenumbenennung fand in der Kölner Stadtratssitzung vom 18. d. Mts. ei Kompromißantrag Annahme, nach welchem ein Teil des Deutschen Ringes den Namen Platz der Republik bekommen soll. Zwei andere Straßen sollen nach Erzberger und Rathenau benannt werden. — Es wird nunmehr wirklich höchste Zeit, daß in der Hauptstadt der Republik die Stadtväter Beschlüsse nach dem Vorbilde einer ganzen Reihe von Städten fassen.

Deutsch-englische Friedenskundgebung in Berlin. Die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend und das Ortskartell Groß-Berlin des AfA-Bundes in Gemeinschaft mit den Bezirksorganisationen der SPD. und USPD. veranstalten am Sonntag, den 20. August, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain eine Friedenskundgebung, in der eine Anzahl englischer Arbeitervertreter und Parlamentarier sprechen werden. Die Anregung geht aus von der englischen „International Arbitration League", mit der zusammen die große Friedensdemonstration des Jahres 1908 in der Neuen Welt veranstaltet wurde.

Ein Opfer des Alkohols. Am Dienstag wurde auf dem Courbièreplatz ein sinnlos betrunkener Mann aufgefunden und nach dem Polizeigewahrsam gebracht. Hier ist der Unbekannte, der keinerlei Papiere bei sich hatte, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben, infolge Alkoholvergiftung verstorben. — Menschleben haben ihren Wert scheinbar völlig verloren. Es ist ein Skandal, daß der Mann im Polizeigewahrsam einfach seinem Schicksal überlassen wird, er gehörte ins Krankenhaus.

Gasvergiftung von Mutter und Tochter. In der gestrigen Nacht wurden die 66 Jahre alte Frau Marie Pogorzelski und ihre 35 Jahre alte Tochter Helene von dem heimkehrenden Ehemann der ersteren tot aufgefunden.

Arbeitersport

Das Leipziger Fest

Leipzig, die alte feste Burg der Sozialdemokratie, Leipzig, die Turnerstadt, steht in Erwartung von 60—80 000 Arbeiterturnern und -Sportlern. In bereitwilligster Weise hat die Arbeiterschaft sowie das republikanische Bürgertum Freiquartiere zur Verfügung gestellt. Die Stadtverwaltung steht hilfreich zur Seite durch Bereitstellung von Schulen zur Einquartierung und durch Ueberweisung von großen Geldmitteln. Große Vorproben der Leipziger Arbeiterturner haben bereits das Fest eröffnet und der Bevölkerung eine Kostprobe des Kommenden gegeben. Kurzum: Alles ist schon in Feststimmung und erwartet sehnsüchtig die deutschen und auswärtigen Gäste.

Alles freut sich der kommenden Tage, die nicht nur der Fröhlichkeit, sondern vor allem ernster turnerischer Arbeit gewidmet sein sollen. „Turnen ist Arbeit im Gewande jugendlicher Freude!" Die Alten werden wieder jung und freuen sich mit der Jugend. Denn ein Fest der Jugend ist es trotz alledem! Der Jugend, die ihren Körper bewußt mit dem Ziele kräftigt, um mit gesundem Körper und freiem, frohem Geist im großen Kampf des einigen internationalen Proletariats ihren Mann stehen zu können.

Schon ist alles vorbereitet. Fieberhaft haben die Leipziger Arbeiterturner gearbeitet, um das alte Bugra-Gebäude für den Festplatz herzurichten. Der Ausbau der Hallen, die Massenspeisung und die Herrichtung des Platzes haben Millionen verschlungen. Aller Blicke und Hoffnungen richten sich nun auf ein Einsehen des Wettergottes, daß er nicht durch endlosen Regen alles zunichte machen möge, sintemalen eine Staubplage für die nächsten Wochen wohl nicht mehr zu befürchten ist.

Und nun schnürt euer Ränzel, ihr Arbeiterturner und Sportler. Haltet den guten Ruf des Arbeiter-Turn- und Sportbundes auch in Leipzig in Ehren, seid wachsam, daß durch würdiges Verhalten das Ansehen unserer Kulturbewegung aufs neue gefestigt werde. Mit frohem Mut und echter Turnerfröhlichkeit wollen wir die Reise antreten und das erste deutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest zu einem Weihetag der deutschen und internationalen Arbeitersportbewegung gestalten. In den Herzen aller Teilnehmer und Gäste mögen die nachfolgenden Worte Kunde geben von unserem Wollen:

Unter hellen, heitern Klängen
Zieht dahin der frohe Schwarm,
Aus den Wogen und dem Drängen
Schallen Lieder frisch und warm.

Schmucke Mädels, schmucke Jungen,
Männer, euch vom harten Schlag,
Auch euch, Völker fremder Zungen,
Heil! Frei Heil! zum Weihetag!

Internationaler Arbeitersport-Kongreß. Im Anschluß an das Leipziger Fest findet der Kongreß des „Internationalen Arbeiterbundes für Sport und Körperkultur" in Leipzig statt. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Bericht des internationalen Sekretärs (Develinger); 2. Bericht des internationalen Kassierers (Bridrux); 3. Bericht der Landessekretäre; 4. der Sport und die Welt-Arbeiterklasse (Wildung); 5. die nächste Arbeiter-Olympiade; 6. die technischen Aufgaben der Arbeiter-Sport-Internationale (Benedix); 7. die Moskauer Sport-Internationale (Duray); 8. Anträge.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Alle Teilnehmer Punkt ½3 Uhr Anhalter Bahnhof beim Vereinsschild. Sportabzeichen mitbringen, ebenso Gitarren zur Ausschmückung des Zuges.

Gewerkschaftliches

Kommunistische Krokodilstränen!

Zur Bevollmächtigtenwahl im Metallarbeiterverband.

Das bis jetzt zahlmäßig feststehende Resultat zur Wahl des Bevollmächtigten im Metallarbeiterverband, das noch nicht ganz vollständig ist, ergab 32 304 Stimmen für Ziska und 27 261 Stimmen für Walcher. Das Gesamtresultat gibt zu Lobeshymnen keinen Anlaß, denn die Wahlbeteiligung ist sehr mäßig ewesen. Rechnet man mit nur 147 000 Mitgliedern, von denen knapp 60 000 an die Wahlurne gingen, so ergibt dies eine Wahlbeteiligung von etwa 40 Prozent. Im Verhältnis zur letzten Bevollmächtigtenwahl im Dezember 1920 ist sogar ein Stimmenrückgang zu verzeichnen. Damals erhielt unser Gen. Ziska 31 611, während der damalige Kommunist Rusch 30 272 Stimmen auf sich vereinigte. Betrug 1920 die Stimmenmehrheit nur 1339, so können wir heute 5123 Stimmen mustern, ein Mehr von 3784 gegen 1920, das sich noch um einiges erhöhen kann. Dies ist ein immerhin erfreuliches Symptom, das uns zeigt, daß jene Schicht, die aktiv am Gewerkschaftsleben teilnimmt, sich politisch umstellte und in immerhin erheblichem Maße den Kommunisten den Rücken kehrte.

Die Kommunisten, die in den letzten Monaten mit Gewalt glaubten, die Gewerkschaften erobern zu können, erzielen also nur das Gegenteil. Dem Bankrott auf politischem Gebiet folgt der auf gewerkschaftlichem analog dem in — Rußland. Das wollen unsere sehr verehrten Freunde von links nicht einsehen. Sie wettern und schimpfen, suchen nach Ursachen des Mißerfolges, vergießen Krokodilstränen und erklären letzten Endes, „daß für uns noch nie die Erkämpfung von Posten, so notwendig das im Interesse auch sein mag, das einzige Ziel war, sondern die Aufrüttelung und Revolutionierung der Massen. Mit dieser Arbeit gilt es keinen Augenblick auszusetzen."

Diese Heldenpose ist ein Eingeständnis innerer Zerbröckelung und der Aussichtslosigkeit, jemals entscheidend auf den Plan zu treten und die Dinge wesentlich beeinflussen zu können. Offen wird deshalb in der „Roten Fahne" die „Enttäuschung" eingestanden, die im kommunistischen Lager herrscht, insbesondere weil „sehr stark mit dem Erfolg der kommunistischen Kandidaten gerechnet wurde".

Weshalb es nicht dazu kam? Weil eben die vereinigten Amsterdamer so unglaubliche Gesellen sind, die die Kommunisten einfach „verleumden", ja sogar eine richtiggehende „Kommunistenhetze" betrieben und soweit gingen, ein „Streikbrecherflugblatt mit den hahnebüchensten Lügen über Walcher" bei ihrer Propaganda anzuwenden! Bei soviel Schlechtigkeit mußte natürlich unser Kandidat siegen.

„Hinzu kommt noch, wie die „Rote Fahne" verrät, daß die kommunistische Richtung im DMV. gerade im letzten Jahr infolge der Auseinandersetzungen in der KPD. schwere innere Kämpfe durchzumachen hatte, die heute zwar vollständig überwunden sind, aber doch durch das Ausscheiden bisher führender Genossen nicht ohne Wirkung blieb." (? Red.)

So bestätigt das Organ Wort für Wort unsere Auffassung, und es müßte sich, wenn es ehrlich genug wäre, sagen, daß aller Aufwand an Spitzfindigkeiten und Verrenkungen nicht über die Tatsache hinwegtäuscht, daß die Zeit für Moskau vorbei ist und die Streitfrage Amsterdam oder Moskau längst in ersterem Sinne entschieden ist.

Bei dieser Wahl trat nun das Faktum deutlich in die Erscheinung. Darin liegt auch die Bedeutung der Wahl, die weit über den lokalen Rahmen hinaus Interesse erheischt.

Indem wir diesen Wahlausfall begrüßen und die Zeichen der Zeit glauben richtig gedeutet zu haben, hoffen wir, daß dieser Gesundungsprozeß weiter fortschreitet und der Gesamtarbeiterschaft zum Vorteil gereichen möge.

Angestelltenforderungen in den Elektrizitätswerken

Die kaufmännischen und technischen Angestellten der Privaten Elektrizitätswerke in Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg haben von jeher die Erfahrung machen müssen, daß der Arbeitgeberverband vorgenannter Elektrizitätswerke sich allen fortschrittlichen Forderungen gegenüber ablehnend verhält.

So verlangten am 5. Juli vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin die Vertreter der Arbeitgeber einen Gehaltsabbau von Gehältern, welche für die Mehrzahl der Angestellten sehr gering bemessen sind. Der Schiedsspruch, welcher den Angestellten eine 10prozentige Erhöhung brachte, ist von fast allen Werken abgelehnt worden.

Das Reichsarbeitsministerium ist von den Arbeitnehmern gebeten worden, allerschnellstens vermittelnd einzugreifen. Die Angestellten, welche bisher mustergültige Disziplin wahrten, sind durch die dauernde Nadelstichpolitik der Direktoren derartig verbittert, daß ein Kampf kaum zu vermeiden ist. Da es sich fast um die gesamten Elektrizitätswerke der Provinz Brandenburg und der anschließenden Provinzteile handelt, dürfte dieser Kampf schwere wirtschaftliche Erschütterungen verursachen.

Auf die in Frage kommenden Elektrizitätswerke haben die Kreise bzw. die Provinzen Einfluß, und es müßte Aufgabe des Arbeitsministeriums sein, hier einzugreifen und auf die vorgenannten Behörden in vermittelndem Sinne einzuwirken. Da auch die technischen Angestellten an der Bewegung beteiligt sind, dürften auch die Arbeiter von diesem Kampf in Mitleidenschaft gezogen werden und schon aus diesem Grunde müßte unseres Erachtens vom Reichsarbeitsministerium alles getan werden, um den Ausbruch des Kampfes zu verhindern.

Drohender Angestelltenstreik im Bekleidungsgewerbe

In einer überfüllten Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten, die am Dienstag, den 18. Juli in den Musikersälen stattfand, nahmen die Angestellten des Bekleidungsgewerbes den Bericht der Tarifkommission, der durch Salis und Dötsch erstattet wurde, entgegen.

Die einmütige Ablehnung des Juli-Angebotes der Arbeitgeber (16⅔ bzw. 20 %!) fand ihren Ausdruck in der einstimmigen Annahme einer Resolution, in der die Versammelten den Z. d. A. auffordern, alle Vorbereitungen zu treffen, um die berechtigten Forderungen der Angestellten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen.

Die entschlossene Stimmung der Versammlung ließ auch erkennen, daß die Angestellten besonders dann nicht gewillt sind, sich in ihrer Lebenshaltung fortgesetzt herabdrücken zu lassen, wenn es sich um Branchen handelt, die in bezug auf die Preisgestaltung keinerlei Beschränkung auferlegen.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Heute vormittag, 10 Uhr, findet in den Kammersälen, Teltower Straße, eine Versammlung sämtlicher streikenden Buchbinder in den reinen Buchbindereien und Briefumschlagbetrieben statt, zu der vollzähliges Erscheinen erwartet wird. Die für Sonnabend, den 27. Juli angesetzte Urabstimmung über Erhöhung der Lokalbeiträge wird aufgeschoben. Es ist unseren Mitgliedern zur Pflicht gemacht, während sich unsere Kollegenschaft im Kampf befindet, doppelte Beiträge zu leisten. Näheres über die Urabstimmung wird nach Beendigung des Streiks bekanntgegeben. Die Ortsverwaltung.

Buchbinder. Fortsetzung der Auszahlung der Streikunterstützung für sämtliche Streikende findet heute im Gewerkschaftshaus, Engelufer 25, Saal 3, wie folgt statt: Streikkartennummer 4000—4400 von 8—10 Uhr, Streikkartennummer 5000—5600 von 10—12 Uhr, Streikkartennummer 2000—2400 von 1—½3 Uhr, Streikkartennummer 2401—2800 von ½3—4 Uhr, Streikkartennummer 2801—3100 v. 4—6 Uhr. Streikleitung.

Parteiveranstaltungen

S. P. D. Wegen der Funktionärkonferenz der Partei findet die Zentralvorstandssitzung nicht statt. Die Delegierten nehmen an der Funktionärkonferenz (Böhow-Brauerei) teil.

Donnerstag, den 20. Juli.

Steglitz. Abends ½8 Uhr außerordentliche Generalversammlung des Vereins „Arbeiter-Jugendheim" im Jugendheim Steglitz, Kniephofstr. 59, Ecke Federstraße. Genossen und Genossinnen, welche Mitglied desselben sind, werden ersucht, in derselben pünktlich zu erscheinen.

Freitag, den 21. Juli.

2. **Verwaltungsbezirk. 4. Distrikt** (Westen). 7½ Uhr Konferenzzimmer Steinmetzschule Funktionärsitzung. Erscheinen notwendig.

19. **Verwaltungsbezirk.** Der Ausflug der „Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde" vom Dienstag, den 18. Juli, welcher wegen schlechten Wetters ausfallen mußte, findet Freitag, den 21. Juli, nach Buch-Karow mit Loren und Gespann statt. Treffpunkt 8 Uhr morgens Bahnhof Pankow-Schönhausen, Pankow-Heinersdorf, Bahnhof Blankenburg. Der Ausflug am Donnerstag, den 20. Juli, nach Karow bleibt bestehen.

16. **Distrikt.** Genossinnen, zum Ausflug der Leseabendbesucherinnen mit ihren Kindern am 26. Juli nach Sadowa-Waldschänke haben die Genossinnen ihre Kinder bei dem Genossen Dietrich, Rominterner Straße 47, Zigarrengeschäft, bis Sonnabend, den 22. Juli, anzumelden. Die Funktionärinnen des Distrikts treffen sich am Freitag, den 21. Juli, abends 7 Uhr, Rominterner Straße 7.

20. **Distrikt** (Kreuzberg). Engere Vorstandssitzung abends 7 Uhr bei Eler, Kommandantenstr. 9.

Weißensee. Abends 8 Uhr Vorstandssitzung mit Abteilungsführern und Obleuten der Kommissionen im Rathaus, Zimmer 21.

Sonntag, den 23. Juli.

Steglitz. Die Ortsgruppe veranstaltet im Grunewald an den Schießständen ein Waldfest. Abmarsch mit Musik 3 Uhr vom Marktplatz, Düppelstraße. Alles Nähere siehe Plakate. Freunde unserer Bewegung sind eingeladen. Die Genossen, welche Gegenstände zu der Verlosung zur Verfügung stellen wollen, geben diese bis Sonntag 12 Uhr beim Gen. Marquardt, Holsteinische Straße 31, oder Genossen Müller, Berlinickestr. 5, ab. Von 12½—1½ Uhr beim Gen. Schwan, Konsum, Albrechtstr. 115.

Vereinskalender

Donnerstag, den 20. Juli.

Mieter-Verband Schöneberg. (Geschäftsstelle: Albertstraße 15, nachmittags 4—6 Uhr.) Mitgliederversammlung ab 8 Uhr in der Uhland-Schule, Kolonnenstraße 21. Beschlußfassung über Verbandssatzungen.

Freitag, den 21. Juli.

Deutscher Verkehrsbund. Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Versammlung der Kraftdroschkenführer. Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlungen mit den Unternehmern.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Gruppe: Dungkutscher. Abends 6½ Uhr bei Feuker, Melchiorstraße 15, Versammlung. Tagesordnung: 1. Kündigen wir die Lohnsätze? 2. Was stellen wir für Forderungen?

Arbeiter-Abstinenten-Bund, Ortsgruppe Berlin. Mitglieder-Versammlung Oberrealschule Niederwallstraße 12. Abends 7 Uhr Aussprache über: Alkohol und Vererbung.

Die Fernsprechnummern der Redaktion sind jetzt Amt Dönhoff Nr. 4190—4192

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75

Hermann Engel

Landsberger Straße 85, 86, 87

Heute Donnerstag, morgen Freitag

Schlußtage des Großen Inventur-Ausverkaufs

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen!

Jetzt ist gerade der richtige Augenblick, um Ihren Bedarf bei uns noch billig in allen Abteilungen unseres Hauses zu decken; darum **zögern Sie nicht, warten Sie nicht, überlegen Sie nicht, sondern kommen Sie,** wenn irgend möglich, schon in den frühesten Vormittagsstunden, und Ihre Mühe **wird reichlich belohnt werden.**

Damen-Rockbeinkleider m. Klöppeleinsatz und Ansatz . . M. 185.50
Prinzeßröcke mit Stickerei-Verzierung und Klöppel M. 306.50, 347.50 316.50
Untertaillen m. Stickerei M. 29.75
Farb. Trikot-Damenschlüpfer M. 84.75, 72.50 66.50
Bunte Trikot-Herren-Garnituren weiß, lila, grau und blau M. 287.50, 259.50 238.50
Herr.-Mako-Einsatzhemd. M. 186.50 169.50
Weiße Trikot-Jünglingshemden mit weißem Piqué-Einsatz, Gr. 2, 3, 4, durchschnittlich 165.00
Schw. Musselin-Strümpfe M. 31.50, 29.50 24.50
Farbige Seidenflorstrümpfe M. 425, 112.50 98.50
Schwarze und farbige kunstseidene Damenstrümpfe 198.50, 187.50, 160 137.50

Schwarze Trikot-Badeanzüge

70	80	90	100	110 cm
75.—	90.—	98.50	115.—	120.—

Prima Drell-Handtücher gesäumt und gebändert M. 46.50
Wischtücher 60×60 cm M. 29.75
Poliertücher . . . . M. 5.40

Kleider
Serie I: Waschkleid . . 186.— M.
II: Ausverkauft
III: Woll-Musselin-Kleid . . . . 496.— .
IV: Weiß. Woll-Voile-Kleid . . 546.— .
V: Voile-Kleider, weiß u. farbig 596.— .
VI: Voile-Kleider, weiß u. farbig 696.— .
VII: Voile-Kleider, weiß u. farbig 796.— .

Mäntel
Serie VIII: Staub- und Regenmäntel 675.— M.
IX: Donegal-Mäntel . . 495.— .
X: Ausverkauft

Kostüme
Serie XI: Donegal-Kostüme . . 675.— M.
XII: Donegal-Kostüme . . 987.50 .
XIII: marine-blaue Chev.-Kostüme 1996.— .

Röcke
Serie XIV: Praktische Kleiderröcke 156.— M.
XV: Praktische Kleiderröcke 196.— .
XVI: hellfarbige Waschröcke 296.50 .

Wintermäntel
Serie XVII: Winterjacken . . . 395.— M.
XVIII: Wintermäntel . . 365.— .
XIX: Wintermäntel, feinst. Flausch 895.— .

Wollmusselin 80 cm breit Meter M. 89.50
Voile 100 cm br., entzückende Muster . M. 125.00 89.50
80 cm breit Blusen-Zephir in schönen Druckmustern . . . M. 75.00 66.50
Sportbluse aus Perkal- u. Zephir-Stoffen 225.00
Weiße Waschblusen aus Ia Voll-Voile, in geschmackvollster Ausführung . . M. 450.00 298.00
Wollene Jumpers 350.00 225.00 198.50
Herrenstoffe in guter Qual. 650.00, 396.00 350.00
Künstlergarnituren, 2 Schals engl. Tüll, 1 Querbehang, M. 850.00, 470.00 398.00
Halbstores, engl. Tüll, Etamine M. 540.00, 258.00 190.00
Bettdecken, ein- und zweibettig engl. Tüll u. Erbstüll . . M. 975.00, 505.00 360.00
Schlafdecken und Wolldecken M. 450.00, 135.00 98.00
Läuferstoffe, reine Ware 70 u. 90 cm breit, M. 195.00, 96.00 86.00
Tischdecken, Tuch, Leinen und Gobelin M. 650.00, 395.00 190.00

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Große Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

Silberfüchse 400.—, Kreuzfüchse, Wölfe, Weißfüchse, Zobel, Herren-Sport-Gehpelze 50 Prozent herabgesetzt. Ferner sämtliche Herren- und Damenbekleidung, Teppiche, Gardinen, Wäsche, verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a (Keine Lombardware.)

3000 Anzüge, Schlüpfer, Gummimäntel, Hosen, Sommerjacken, Damenmäntel, Pelzkragen, Wäsche usw. gelangen täglich bekannt billig zum Verkauf. Fahrtvergütung. Leihhaus Bogbogener Straße 47.

Auf Teilzahlung! Moderne Herrengarderobe in vornehmster Ausführung, bequeme diskrete Teilzahlung. Gebrüder Feniger, Oranienburger Str. 58 Seitenfl. (Nähe Oranienburger Tor). Geschäftszeit von 9—7. Hausnummer genau beachten.

Bettwäsche allerbilligst! Trotz Preissteigerung billiger Verkauf durch alte Abschlußware. Deckbettbezüge von 225 M., Kissen 65 M., Laken 125 M., Inletts 475 M., Wäschestoffe, Handtücher, Ueberschlaglaken, Paradekissen, Dimiti, Damast beste Qualitäten. Märchenhaft billige Riesenauswahl! Reelle fachmännische Bedienung! Aussteuer Sonderrabatt! Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik, Brückestraße neununddreißig (Hasenheide), Brunnenstraße 10 (Rosenthaler Platz).

Gardinen. Sonderangebot! Aus unseren alten Warenbeständen stellen wir in dieser Woche nachstehende Artikel zum billigen Verkauf: Künstlergardinen, 3 teilig, Serie I 265 bis 550 M., Serie II 675—1150; Madrasgarnituren in reichster Auswahl, Serie I 375 bis 650, Serie II 765 bis 1250; Gardinenstoffe, doppeltbreit, Meter von 58 M. an; Halbstores, Englischtüll, Erbstüll und Etamine, Serie I, 190 bis 450, Serie II 525 bis 950 M.; Bettdecken für 2 Betten in wunderbarer Ausführung, Serie I 450—675, Serie II 750—1200. Selten billiger Verkauf von Kongreß-, Etamin- und Madrasstoffen, Portieren, Tisch- und Diwandecken, Steppdecken, Brücken, Bettvorlagen usw. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Weininger u. Co., Grobdetail-Gardinen-Etage, Gr. Frankfurter Straße 104 I, am Straußberger Platz (nahe Andreasstr.). Vorzeiger dieses Inserates erhält fünf Prozent Extrarabatt.

Bettwäsche billig! Es ist noch Gelegenheit, jetzt vorteilhaft zu kaufen. Bettbezüge 230, 305, 350, Bettlaken 140 an. Federdichte Inlette, prima Ueberschlaglaken 555, Paradekissen, Dimiti, Damast, Wäschestoffe, Züchen, Handtücher, bekanntlich nur gute Qualitäten, allerbilligst. Fensterwaren unter Selbstkosten. Riesenauswahl! Zuvorkommende fachmännische Bedienung. Hotels, Anstalten größeren Rabatt. Glumbe u. Jäger, größte Bettwäsche-Spezialfabriken, Kottbuserdamm dreiundsiebzig, Landsberger Straße achtundachtzig.

Staunenerregend! Kreuzfüchse! Silberfüchse! Rotfüchse! Alaskafüchse! Zobelfüchse! Opossum! Wölfe! Skunks! Riesenauswahl! Fabelhaft billige Sommerpreise! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus Warschauer Straße 7. Nur neue, keine Versatzwaren!

Anzüge, Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Covercoats, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen jetzt fünfzig Prozent billiger. Friedensstoffe. — Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzarten jetzt zu spottbilligen Sommerpreisen. (Keine Lombardware). Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthaler Str.

Pelzwaren! trotz enormer Preissteigerung bald umsonst! Massenauswahl Kreuzfüchse, Alaskafüchse, Zobelfüchse, Pelzjacken! Pelzvertrieb, Kottbuser Damm 2, neben Jandorf.

Bettwäsche billig! Reisemuster zu besonders günstigen Preisen. Ruhebern Bettbezüge 214, Kissen 62, Bettlaken 135 an. Prima Ueberschlaglaken 465. Federdichte Inlette, prima Wäschestoffe, Züchen, Dimiti, Damast, Handtücher, sehr empfehlenswert. Bettwäschefabrik Dresdener Str. dreiunddreißig (Nähe Prinzenstraße). Geöffnet bis 7 Uhr.

Der köstliche Genuß von Porath's Kinder- und Krankennahrung ist für jeden Magen- und Darmleidenden ebenso notwendig wie das Salz zur Suppe. In Apotheken und Drogerien erhältlich.

Gardinen-Saison-Ausverkauf. Künstlergardinen 275, Stores 175, Bettdecken 175, Madrasgardinen, Meterware, Reste, Riesenauswahl, weit unter Ladenpreis. Deutsch, Landsberger Str. 15, part. Fahrtvergütung.

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, mod. Maßarbeit, bequeme diskrete Ratenzahlung, reichhaltiges Lager, stets Eingang von Neuheiten. Leiser Gottlieb, Kastanienallee 22a, 2. Etage, Nähe Rosenthaler Platz. Geöffnet 9—7.

Möbel

Chaiselongues 325, Metallbetten 300, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettstellen. Meicke, Augsburger Str. 32a. Cuxhaven.

Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, farbige Küchen in seltener Auswahl, bequemste Zahlweise verkauft Möbel-Cohn, Große Frankfurter Str. 58 (5 Minuten vom Alexanderpl.), im Norden: Badstr. 47-48.

Möbelspeicher „Gesundbrunnen", Badstraße 31. Seltene Gelegenheit in Schlafzimmern, Spezialität Stubeneinrichtungen, neu und gebrauchte Küchen prima Emaillelack. — Auch außerhalb.

Möbelkredit bei kleinster An- und Abzahlung. Komplette Wohnungs-Einrichtungen eichene Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke. Görlich, Stralauer Platz 1—2, Ecke Fruchtstr., am Schles. Bahnhof.

Aufpolstern. Sofabezüge, spottbilligst. Pappelallee 12.

Chaiselongues. Diwandecken 250,—, Tischdecken, wunderbare Wandbehänge, Pappelallee 12.

Möbel-Roth. Schlafzimmer, Speise- und Wohnzimmer, farbige Küchen, große Auswahl gegen bar, sowie An- und Abzahlung. Elsasser Str. 44 I, am Oranienburger Tor.

Nußbaum. Kleiderschrank, modern 3200, Spiegelvertiko 3100, Trumeau m. Stufe 1500, engl. u. moderne Bettstellen, Ausziehtische mit polierter Platte und Verbindung 1850, Rohrstühle 450. Möbelhaus Ammerling, Kastanienallee 56 (Ecke Weinbergsweg.)

Küchen, moderne, mit und ohne Aufsätze, lackiert, lasiert, roh, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Str. 22 (Schönhauser Tor).

Gut und billig. Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, reelle Arbeit, billigste Preise, große Auswahl. Windhorst, Möbeltischlerei, Brunnenstr. 162.

Chaiselongues, Umbausofas, Auflegematratzen, Patentmatratzen. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Kaufgesuche

Pistolen und Prismenfeldstecher kauft zu höchsten Preisen Stiehlein, Linienstraße 50.

Silberschmelze Christionat, Köpenicker Straße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Fahrräder

Fahrradankauf. Linienstr. 19.

Fahrradankauf! Höchstzahlend, Brückner, Gitschiner Straße 78.

Arbeitsmarkt

Tüchtige Kernmacher für Gas- und Wasserarmaturen bei hohem Akkord stellt ein Ebhardt Pimruh, Große Frankfurter Straße 18.

Mietgesuche

Beamtin sucht möbliertes Zimmer evtl. Küchenbenutzung. Hallmann, Charlottenburg, Wallstr. 80 bei Nagel.